

Niederschrift

über die 13. öffentliche Sitzung der am 1. März 2009 gewählten **Gemeindevertretung** der Stadtgemeinde Oberndorf, welche am Mittwoch, dem **15. Dezember 2010**, um 19.00 Uhr im Krankenhaus Oberndorf stattgefunden hat.

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der Beschlussfähigkeit; Fragestunde für die Gemeindebürger
2. Beschlussfassung der Niederschrift vom 13.10.2010
3. Berichte des Bürgermeisters
4. GOK - Bilanz 2009
5. Krankenhaus Oberndorf - Antrag auf Höherstufung der Überwachungseinheit auf Intensiveinheit
6. Krankenhaus Oberndorf - PPP-Modell; Baurechtsvertrag Ärztezentrum - Ergänzung
7. Jahresvoranschlag 2011
8. Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG - Jahresvoranschlag 2011
9. Haushaltsbeschluss 2011
10. Stellenplan 2011
 - a) Allgemein
 - b) Seniorenwohnhäuser
 - c) Krankenhaus
11. Mittelfristiger Finanzplan
12. Verlängerung Kontokorrentkredit bei der Salzburger Sparkasse
13. Anpassung diverser Mietverträge der Stadtgemeinde - Umsetzung der Umsatzsteuer-Richtlinien mit 01.01.2011
14. Bestätigung der Wahl des Ortfeuerwehrkommandanten
15. Bedarfsfeststellung nach dem Salzburger Kinderbetreuungsgesetz
16. Löschung des Wiederkaufsrechtes GP 767/28
17. Teilabänderung des Flächenwidmungsplanes für den Bereich „Gewerbegebiet Süd - Immissionsschutzstreifen zur B 156 a“ samt Abänderung und Erweiterung des Bebauungsplanes „Gewerbegebiet Süd“
18. Erweiterung des Bebauungsplanes „Siedlungsstraße“
19. Ansuchen um Ausnahme von der Einmündungsverpflichtung in die Ortskanalisation für den landwirtschaftlichen Betrieb Maria Bühel-Straße 7
20. Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG - Neubau HAK/HAS/PTS - Beauftragung Ausführende Gewerke
21. Übernahme bzw. Entlassung von Grundstücken in das Öffentliche bzw. aus dem Öffentlichen Gut (Teilstücke der Gst. 199, 200, 257/2 bzw. 1038/2)
22. Änderung der Abfuhrordnung
23. Aufträge, Anschaffungen
24. Subventionen
25. Allfälliges

Anwesende:

Bürgermeister Peter Schröder
1. Vizebürgermeister Otto Feichtner
Stadträtin Waltraud Lafenthaler
Stadtrat Dietmar Innerkofler
Stadtrat Wolfgang Stranzinger
GV Marion Reitsamer - erscheint um 19.05 Uhr
GV Wolfgang Oberer
GV Ing. Josef Eder
GV Michael Hillebrand, MAS - erscheint um 19.07 Uhr

GV Bärbel Stahl
GV Ing. Florian Moser
2. Vizebürgermeisterin Sabine Mayrhofer
Stadtrat Mag.(FH) Hannes Danner
GV Anna Schick - erscheint um 19.07 Uhr
GV Peter Illinger
GV Markus Doppler - erscheint um 19.11 Uhr
Stadtrat Dietmar Prem
GV Dipl.-Ing. Hans Weiner
Stadträtin Maria Petzlberger
GV Dr. Andrea Voggenhuber
GV Josef Hagmüller - erscheint um 19.11 Uhr
GV Anneliese Höller

Entschuldigt abwesend:

GV Josef Auzinger
GV Gerhard Rosenstatter
GV Johann Tutschka

Weiters anwesend:

Mag. Regina Krünes, Geschäftsführerin GOK zu TOP 4., 5. und 6.
Dipl.-Ing.(FH) Sebastian Billik, pm1, ab 20.30 Uhr zu TOP 20.
Dipl.-Ing. Dieter Müller, Bauamtsleiter
Doris Moßhammer, Leitung Finanzverwaltung
Dr. Gerhard Schäffer, Amtsleiter

Schriftführerin: Gabriele Niederstrasser

Es waren 13 Zuhörer anwesend.

Verlauf und Ergebnisse der Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der Beschlussfähigkeit; Fragestunde für die Gemeindebürger

Bürgermeister Schröder begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr. Er stellt fest, dass aufgrund der Anwesenheit von 17 Gemeindevertretungsmitgliedern die Beschlussfähigkeit des Gremiums gegeben ist. Die Tagesordnung wurde zeitgerecht und ordnungsgemäß zusammen mit der Einberufung zu dieser Sitzung zugestellt. Es bestehen dagegen keine Einwände.

Da es aus den Reihen der Zuhörer keine Fragen gibt, entfällt die Bürgerfragestunde.

2. Beschlussfassung der Niederschrift vom 13.10.2010

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, das Protokoll der Gemeindevertretungssitzung vom 13. Oktober 2010 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (17 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

3. Berichte des Bürgermeisters

Bürgermeister Schröder erinnert, dass die Stadtkapelle am Wochenende 08./09. Oktober 2011 nach Oberndorf am Neckar fährt und die Gemeindevertretung ebenfalls zur Teilnahme an dieser Fahrt eingeladen ist.

- *19.05 Uhr - es erscheint GV Reitsamer, somit sind 18 Gemeindevertretungsmitglieder anwesend.*

4. GOK - Bilanz 2009

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Gemäß § 10 in Verbindung mit § 8 Abs. 7 Zahl f des Gesellschaftsvertrages der Gemeinnützigen Oberndorfer Krankenhausbetriebsgesellschaft m. b. H. ist der Jahresabschluss der GOK durch die Generalversammlung der Gesellschaft zu beschließen. Gesellschafter der GOK sind mit 51 % die Stadtgemeinde Oberndorf und mit 49 % die VAMED Management & Service GmbH & Co KG. Im Rahmen der Gemeindevertretungssitzung sind dazu die notwendigen Beschlüsse zu fassen.

Die Geschäftsführerin der GOK, Frau Mag. Regina Krünes, wird im Rahmen der Gemeindevertretungssitzung die Bilanz 2009 vorstellen.

Laut Rahmenvereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Oberndorf und der VAMED erfolgt die Gesamtfinanzierung des PPP-Modells durch die VAMED. Die VAMED hat in der Rahmenvereinbarung die Kosten- und Termingarantie, die Garantie für die Erfüllung des Versorgungsauftrages, die Betriebs- und Qualitätsgarantie sowie die Ergebnisgarantie übernommen.

Durch die SOT Süd-Ost-Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Salzburg wurde die Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2009 durchgeführt und zur Beschlussfassung empfohlen.

Im Gesellschafterausschuss vom 23.09.2010 wurde die Zustimmung zur Bilanz 2009 bereits erteilt. Durch die Gemeindevertretung sind folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2009 wird genehmigt.
2. Der Bilanzverlust per 31.12.2009 in der Höhe von € 35.493,65 wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Der Geschäftsführerin wird für das Geschäftsjahr 2009 die Entlastung erteilt.
4. Zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2010 wird die SOT Süd-Ost-Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Salzburg bestellt.“

- *19.07 Uhr - es erscheinen die Gemeindevertreter Michael Hillebrand und Anna Schick, somit sind 20 Gemeindevertretungsmitglieder anwesend.*

GF Mag. Krünes hält fest, dass die entsprechenden Unterlagen vorliegen und resümiert, dass 2009 ähnlich dem Vorjahr 2008 ein gutes Ergebnis erzielt werden konnte. Es ist bereits zum zweiten Mal gelungen, ein ausgeglichenes Ergebnis nach der Landesförderung für das Krankenhaus Oberndorf zu erreichen. Durch die Reduktion der Verweildauer wurde eine Kostenoptimierung des Hauses erzielt (Reduktionsdefizit von € 2 Mio. auf € 170.000,- im Jahr 2009). Es gab zwar einen Warnbrief des Wirtschaftsprüfers, doch diese Tatsache ist baubedingt und nicht Besorgnis erregend.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Die Investitionen werden aktiviert, nehme ich an, und abgeschrieben - auf welche Dauer?

GF Mag. Krünes kann diese Frage spontan nicht beantworten, sie wird die Zahlen nachliefern.

Stadtrat Prem: Wir stimmen nicht zu, denn ich würde mich gerne vorbereiten und kann ohne großes Wissen hier nicht abstimmen. Wir möchten Informationen, was da vor sich geht, mir ist dies hier zu wenig. Ich möchte Unterlagen zur Vorbereitung haben.

Bürgermeister: Jene Unterlagen, die zur Verfügung gestellt werden müssen, befinden sich im Fraktionsordner. Bei der Gesamtbilanz handelt es sich um nichtöffentliche Unterlagen, wel-

che ein Wirtschaftsprüfer prüft. Der Prüfungsausschuss hat wohl die Möglichkeit, ins Detail zu gehen, doch dann muss er dies auf die Tagesordnung setzen.

1. Vizebgm. Feichtner: Wir hatten am 27. November eine Klausurtagung, es hat hier keine Wünsche gegeben. Ich halte es für polemisch, wenn man 14 Tage ruhig bleibt und einem bei der Sitzung dann einfällt, dass eine genauere Vorbereitung notwendig wäre.

Prem: Genau vor einem Jahr habe ich festgehalten, dass ich das nächste Mal die Bilanz haben möchte.

- *19.11 Uhr - es erscheinen die Gemeindevertreter Markus Doppler und Josef Hagmüller, somit sind 22 Gemeindevertretungsmitglieder anwesend.*

Amtsleiter Dr. Schäffer: Wenn in die Unterlagen eingesehen werden möchte, hat dies im Stadtamt zu erfolgen. Dies ist mit dem Bürgermeister abzusprechen und im Amt zu dokumentieren, wann und von wem Einsicht genommen wurde. Früher war das Krankenhaus Bestandteil der Gemeindegebarung, jetzt befinden wir uns in einer Gesellschaft, dadurch ist eine andere Vorgangsweise nicht mehr möglich. Es ist jedenfalls nicht gestattet, diese Unterlagen auszuschicken.

Bürgermeister: Wir werden dies auch im kommenden Jahr so abhandeln. Es besteht nach Aussendung der Tagesordnung für die Sitzung die Möglichkeit, im Amt Einsicht zu nehmen. Anders ist das nicht möglich.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Der Wirtschaftsprüfer ist nicht die richtige Instanz, er prüft zwar auf materielle und formelle Richtigkeit, doch er spricht kein politisches Urteil über die Zielrichtung. Die Beurteilung der strategischen Ausrichtung steht der Gemeindevertretung, möglicherweise über den Weg des Prüfungsausschusses, zu.

Bürgermeister: Für die politische Argumentation sind jene Gemeindevertretungsmitglieder zuständig, die in den Ausschuss entsandt sind.

AL Dr. Schäffer verliest eine diesbezügliche Gesetzesstelle, welche aussagt, dass der Prüfbericht des Prüfungsbefugten ausreicht.

Der Bürgermeister stellt somit den **Antrag auf Beschlussfassung folgender Punkte:**

1. **Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2009 wird genehmigt.**
2. **Der Bilanzverlust per 31.12.2009 in der Höhe von € 35.493,65 wird auf neue Rechnung vorgetragen.**
3. **Der Geschäftsführerin wird für das Geschäftsjahr 2009 die Entlastung erteilt.**
4. **Zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2010 wird die SOT Süd-Ost-Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Salzburg bestellt.**

Offene Abstimmung jeweils über die einzelnen Punkte 1. bis 4. (22 GV anwesend): 19 Stimmen dafür, 3 Stimmen dagegen (GV Hagmüller, Stadtrat Prem, GV Dipl.-Ing. Weiner).

Somit ist die Bilanz der GOK für 2009 beschlossen.

5. Krankenhaus Oberndorf - Antrag auf Höherstufung der Überwachungseinheit auf Intensivereinheit

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Im Strukturplan Gesundheit 2010 ist für das Krankenhaus Oberndorf die Einrichtung einer Überwachungseinheit mit 4 Betten vorgesehen. Aufgrund des zu erwartenden Leistungsspektrums wird eine Anpassung bzw. Höherstufung auf eine Intensivereinheit der Stufe 1 als sinnvoll erachtet. Der Antrag dazu ist bei der zuständigen Fachabteilung des Amtes der Salzburger Landesregierung durch den Rechtsträger zu stellen.

Der Antrag für eine Höherstufung wird wie folgt begründet:

- o Mit 01.01.2011 wird das Leistungsangebot des Krankenhauses durch die Vollabteilung für Orthopädie erweitert. Daraus ergibt sich insbesondere durch die Schwerpunktsetzung im Bereich der Endoprothetik die Notwendigkeit einer Intensivüberwachung.
- o Die Komplexität des operativen Spektrums im Bereich der Chirurgie hat sich mit dem Eintritt von Herrn Prim. Dr. Andreas Heuberger ebenfalls maßgeblich geändert und weiterentwickelt. Eine Intensivüberwachung ist auch für diese Leistungen jedenfalls erforderlich.
- o Weiters ist darauf hinzuweisen, dass das Krankenhaus Oberndorf immer wieder intensivpflichtige Patienten ins Zentralkrankenhaus verlegen muss, da bis dato keine adäquate intensivmedizinische Versorgung vorgehalten werden konnte. Diese Patienten könnten in einer Stufe 1-Intensivereinheit sehr gut versorgt werden.

Hinsichtlich der infrastrukturellen Rahmenbedingungen für eine Intensivstation (Stufe 1) wird darauf verwiesen, dass diesbezüglich sämtliche Voraussetzungen im Zuge des Neubaus erfüllt werden. Die entsprechenden Maßnahmen im personellen Bereich sind ebenfalls bereits in Vorbereitung.“

Bürgermeister: Es hat am gestrigen Tag eine Besprechung bei der Landesregierung gegeben. Derzeit ist eine Stellungnahme des Landes in Vorbereitung. Wir glauben, dass diese Höherstufung für die wirtschaftliche Führung des Hauses notwendig ist.

GF Mag. Krünes: Nächstes Jahr wird vom SAGES definiert, welche Infrastruktur vorgehalten werden muss. Sie erläutert die Leistungen, welche im Intensivbereich fällig und für die strategisch gewünschte Ausrichtung des Hauses notwendig sind. Vor allem ist dies ein wichtiger Schritt in der Entwicklung des Krankenhauses. 5 Betten sind eine realistische Variante.

Stadträtin Petzlberger hält Intensivbetten für Oberndorf für wichtig und richtet gleichzeitig folgende Bitte an Mag. Krünes: Wir hören immer wieder von der Bevölkerung, dass die unfallchirurgische Versorgung nicht adäquat sei und die Freundlichkeit in der Ambulanz zu wünschen übrig lasse. Hier müsste einiges getan werden. Wie sieht es unfallchirurgisch aus?

GF Mag. Krünes dankt für den Hinweis und hält zur unfallchirurgischen Versorgung fest, dass diese selbstverständlich sichergestellt sei. Derzeit fehlt ein Unfallchirurg und man hofft, dass diese Lücke schnell geschlossen werden kann. Es gibt bereits intensive Gespräche und große Bemühungen.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Wie realistisch ist die Bewilligung der Höherstufung in Anbetracht der Tatsache, dass es im Land Salzburg und auch bundesweit zu viele Intensivbetten gibt?

Bürgermeister: Es geht hier um die Leistungsabdeckung eines Spektrums, welches durch den Rechenstift bestimmt wird. Verhandlungen wird es sicherlich geben.

GF Mag. Krünes: Derzeit leiten wir Intensivpflegepatienten in die SALK weiter, weil wir diese Leistung nicht ohne ein gewisses Risiko anbieten können.

Amtsleiter Dr. Schäffer: Bei einem gestrigen Gespräch kam heraus, dass die Kosten darzustellen sind. Die Kosten der Intensiveinheit in Oberndorf sind geringer als bei den SALK. Die Verordnungen dazu werden derzeit überarbeitet. Daher ist jetzt ein guter Zeitpunkt, den Antrag zu stellen.

GF Mag. Krünes: Es geht um die Frage der sinnvollen Weiterentwicklung des Krankenhauses Oberndorf und ob dies in Erfüllung des Salzburger Strukturplanes für Gesundheit auch finanzierbar ist. In diesem Rahmen versuchen wir, das Bestmögliche zu machen. Das Land spricht es nicht aus, doch Oberndorf soll nicht zu stark gemacht werden.

Bürgermeister: Das Fortschreiben der Schwerpunkte im Krankenhaus Oberndorf entspricht den Überlegungen des Bundes. Es ist eine logische Folge aus dem Strukturplan 2010.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, einen Antrag auf Höherstufung der Überwachungseinheit im A. Ö. Krankenhaus Oberndorf auf eine Intensiveinheit der Stufe 1 beim Amt der Salzburger Landesregierung mit Wirkung vom 01.01.2011 zu stellen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

6. Krankenhaus Oberndorf - PPP-Modell; Baurechtsvertrag Ärztezentrum - Ergänzung

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Die Gemeindevertretung hat in ihrer Sitzung vom 10.12.2008 in Umsetzung der Rahmenvereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Oberndorf und der VAMED Management & Service GmbH & Co KG den Abschluss eines Baurechtsvertrages zur Errichtung eines Ärztezentrums beschlossen.

Nunmehr ist die Arbeitsgemeinschaft VAMED Management & Service GmbH & Co KG und Hypo Impuls Immobilien Leasing GmbH an die Stadtgemeinde Oberndorf mit dem Ansinnen herantreten, das auf der Baurechtseinlage befindliche Gebäude für das Ärztezentrum zu adaptieren. Durch die nunmehr geplante Adaptierung des Altbestandes kann die Teilinbetriebnahme des Ärztezentrums auf einen früheren Zeitpunkt vorgezogen werden. Der Abschluss der Adaptierungsarbeiten wird mit Auszug der Orthopädie der Salzburger Landeskliniken mit spätestens Ende 2013 begonnen werden können.

Nach Rücksprache mit unserem Rechtsvertreter, Herrn Dr. Günther Ramsauer, welcher die Verträge im Rahmen des PPP-Modells erstellt hat, wird eine Ergänzung zu dem bestehenden Baurechtsvertrag vorbereitet. Die Unterlagen liegen im Fraktionsordner auf.“

Bürgermeister Schröder erläutert den vorstehenden Amtsbericht und schlägt vor, dass, nachdem die Ergänzungen bis zur Stunde von unserem Rechtsanwalt Dr. Ramsauer nicht eingetroffen sind, diese bzw. den Baurechtsvertrag in einer Gemeindevorstandssitzung Ende Jänner / Anfang Februar zu beschließen, vorbehaltlich einer Abstimmung mit der Abteilung 11 des Landes, die zwar nicht erforderlich wäre. Anschließend soll der Gemeindevertretung berichtet werden.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Gemeindevorstellung mit der Beschlussfassung dieser Angelegenheit nach Vorliegen der Ergänzungen zum Baurechtsvertrag zu beauftragen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

7. Jahresvoranschlag 2011

Die Unterlagen zu diesem Tagesordnungspunkt wurden den Fraktionen in Papierform zur Vorbereitung übermittelt bzw. lagen als Zusammenfassung den Amtsberichten bei.

Am 27. November 2010 hat es eine Klausur gegeben, in der wie jedes Jahr den Fraktionen der Jahresvoranschlag vorgestellt wurde.

Diese nachfolgende **Zusammenfassung** wird vom Bürgermeister wie folgt vorgestellt und einige Details daraus erläutert:

	Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Ergebnis 2009
Ordentlicher Haushalt			
Gemeinde (ohne Betrieb KH, VWG)	11.260.000,00	11.126.800,00	11.597.798,85
Betrieb Seniorenwohnhäuser	9.065.900,00	8.836.000,00	8.149.405,40
Summe	20.325.900,00	19.962.800,00	19.747.204,25
Außerordentlicher Haushalt	8.110.500,00	4.585.000,00	1.078.095,44
Zwischensumme	28.436.400,00	24.547.800,00	20.825.299,69
abz.Doppelzahlungen	5.157.800,00	4.848.700,00	5.070.118,52
Gesamtsumme Netto	23.278.600,00	19.699.100,00	15.755.181,17

Gliederung nach Gruppen

Einnahmen Ordentlicher Haushalt

		Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Ergebnis 2009
0	Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	690.600,00	654.300,00	668.038,73
1	Öffentliche Ordnung und Sicherheit	900,00	23.200,00	53.187,68
2	Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	1.449.300,00	1.480.800,00	1.517.069,43
3	Kunst, Kultur und Kultus	11.000,00	18.500,00	25.407,47
4	Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	700,00	700,00	668,60
5	Gesundheit	82.800,00	88.600,00	88.748,19
6	Straßen- und Wasserbau Verkehr	637.600,00	839.100,00	757.466,90
7	Wirtschaftsförderung	100,00	100,00	88,15
8	Dienstleistungen	2.471.400,00	2.530.000,00	2.776.938,63
9	Finanzwirtschaft	5.915.600,00	5.491.500,00	5.710.185,07
	Summe	11.260.000,00	11.126.800,00	11.597.798,85
	Untervoranschläge			
	Seniorenwohnhäuser	9.065.900,00	8.836.000,00	8.149.405,40
	Gesamtsumme	20.325.900,00	19.962.800,00	19.747.204,25

Gliederung nach Gruppen

Ausgaben Ordentlicher Haushalt

		Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Ergebnis 2009
0	Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	1.453.900,00	1.432.000,00	1.251.522,25
1	Öffentliche Ordnung und Sicherheit	114.600,00	166.400,00	182.088,15
2	Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	3.343.700,00	3.272.500,00	3.401.441,22
3	Kunst, Kultur und Kultus	198.800,00	211.600,00	235.872,59
4	Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	802.000,00	795.400,00	809.871,10
5	Gesundheit	516.100,00	377.100,00	367.242,10
6	Straßen- und Wasserbau Verkehr	1.272.900,00	1.114.600,00	1.313.268,15
7	Wirtschaftsförderung	9.800,00	9.400,00	11.332,56
8	Dienstleistungen	2.898.800,00	3.087.300,00	3.351.956,89
9	Finanzwirtschaft	649.400,00	660.500,00	673.203,84
	Summe	11.260.000,00	11.126.800,00	11.597.798,85
	Untervoranschläge			
	Seniorenwohnhäuser	9.065.900,00	8.836.000,00	8.149.405,40
	Gesamtsumme	20.325.900,00	19.962.800,00	19.747.204,25

Ordentlicher Haushalt

Inverstitutionen (Postengruppe 0) und sonstige investive Massnahmen

		Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Ergebnis 2009
Investitionen				
1/0100	Gemeindeamt	2.500,00	2.000,00	1.134,89
1/0160	EDV	82.500,00	5.000,00	2.244,20
1/0220	Standesamt	600,00	300,00	
1/0250	Staatsbürgerschaft	400,00	200,00	
1/1630	Feuerwehr	15.800,00	17.200,00	47.925,98
1/2110	Volksschule	6.100,00	-	1.134,24
1/2120	Hauptschule	1.300,00	19.000,00	6.624,12
1/2130	Sonderschule	4.100,00		927,00
1/2140	Polytechnische Schule	500,00		993,39
1/2401	Kindergarten 1	4.900,00		7.210,76
1/2402	Kindergarten 2	3.700,00		941,87
1/2403	Kindergarten 3	500,00		2.730,23
1/2405	Krabbelstube			699,00
1/2730	Bücherei			
1/3630	Altstadterhaltung, Ortsbild	10.000,00		
1/6170	Bauhof	10.300,00		3.579,36
1/8151	Kinderspielplätze	9.700,00		
1/8170	Friedhof	8.700,00		
1/8460	Altes Safehaus			
1/8500	Wasserversorgung	4.000,00	3.700,00	
1/8510	Kanalisation			600,00
1/8594	VWG Seniorenwohnhäuser	21.000,00	8.000,00	8.003,81
1/8595	Krankenhaus			
1/9130	Wertpapiere	42.000,00		
Summe		228.600,00	55.400,00	84.748,85
Sonstige investive Massnahmen				
1/0160	EDV		20.000,00	
1/2110	Volksschule	10.900,00		2.533,57
1/2130	SPZ Gebäude	4.100,00	2.300,00	
1/2140	Polytechnikum			1.998,41
1/2401	Kindergarten 1	8.300,00	1.300,00	2.246,85
1/2402	Kindergarten 2		1.600,00	
1/2403	Kindergarten 3			
1/2405	Krabbelstube			
1/2630	Stadthalle			10.368,91
1/8150	Parkanlagen	22.000,00		
Summe		45.300,00	25.200,00	17.147,74
Gesamtsumme		273.900,00	80.600,00	101.896,59

Zuführungen zum Außerordentlichen Haushalt

Bezeichnung	Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Ergebnis 2009
Volksschule			107.678,84
Kindergarten III	8.000,00		
HAK/HAS/PTS Neubau			
Straßenbau Gastag	111.100,00		133.949,49
Breitenbauernweg		21.400,00	
Fußgängerübergänge	15.300,00		4.131,06
Wallfahrtsweg Maria Bühel			
Transportleitung Bühelhaiden	120.000,00	100.000,00	67.737,73
Transportleitung Gew.Gebiet Nord			10.004,63
Wallfahrtsweg Maria Bühel			40.657,41
Wasserleitung Haidenöster	8.500,00		
Gesamtsumme	262.900,00	121.400,00	256.480,32

Rückführungen zum Ordentlichen Haushalt

Bezeichnung	Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Ergebnis 2009
HAK/HAS/PTS			70.082,29
Ortsbildpflege			
Straßenbau		210.000,00	119.300,00
Gesamtsumme	-	210.000,00	189.382,29
Differenz (Zuführungen netto)	262.900,00 -	88.600,00	67.098,03

Zusammenstellung

Bezeichnung	Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Ergebnis 2009
Investitionen OH Netto	273.900,00	80.600,00	101.896,59
Nettozuführungen zum AO Haushalt	262.900,00 -	88.600,00	67.098,03
Summe	536.800,00 -	8.000,00	168.994,62

Ausserordentlicher Haushalt

Vorhaben

		Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Ergebnis 2009
2110	Volksschulturnhalle			196.178,84
2290	Neubau HAK/HAS/Poly	7.767.000,00	4.240.000,00	362.314,29
2403	Kindergarten III	8.000,00		
6120	Straßenbau allgemein		210.000,00	243.271,03
6120	Wallfahrtsweg Maria Bühel			
6120	Breitenbauerweg		35.000,00	
6123	Straßenbau BA 08			140.000,00
6125	Salzburger Straße Gastag	182.000,00		
6127	Straßenbau BA 07			
6390	Hochwasserschutz Alt-Oberndorf			5.700,45
6400	Sicherung Fußgängerübergänge	25.000,00		6.731,06
8501	Wasserkataster			5.500,00
8502	Transportleitung Gew.Gebiet Nord			10.004,63
8503	Wassertransportleitung Hochzone	120.000,00	100.000,00	67.737,73
8504	Wallfahrtsweg Maria Bühel			40.657,41
8505	Wasserleitung Haidenöster	8.500,00		
	Summe	8.110.500,00	4.585.000,00	1.078.095,44

Ordentlicher Haushalt

Sonstige Maßnahmen

		Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Ergebnis 2009
1/0310	Flächenwidmungsplan	20.000,00	30.000,00	28.838,76
1/2590	Ferienaktionen	25.000,00	23.000,00	24.681,29
1/3630	Ortsbildpflege	10.000,00	10.000,00	7.650,74
1/3690	Festveranstaltungen	16.000,00	10.000,00	8.377,80
1/3690	Kulturelle Veranstaltungen	9.000,00	9.000,00	7.942,50
1/3690	Advent u.Stille Nacht Feier	18.000,00	18.000,00	14.128,41
1/4290	Altenbetreuung	8.500,00	9.700,00	6.722,10
1/6120	Straßeninstandhaltung	20.000,00	20.000,00	17.701,31
1/6400	Straßenmarkierungen	7.500,00	4.000,00	7.248,12
1/8140	Winterdienst	20.000,00	20.000,00	6.753,82
1/8160	Straßenbeleuchtung Instandh.	16.000,00	15.000,00	6.963,68
1/8500	Wasserleitungsinstandhaltung	12.000,00	10.000,00	5.185,17
1/9200	Ausgaben aus Hundesteuer	1.500,00	1.500,00	1.525,48
1/9700	Verstärkungsmittel	27.400,00	126.900,00	-
	Summe	210.900,00	307.100,00	143.719,18

Ordentlicher Haushalt

Beiträge an Gemeindeverbände und Gesellschaften extern

		Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Ergebnis 2009
1/0310	Regionalverband Raumordnung	6.600,00	9.600,00	6.439,52
1/0310	Regionalverband Regionalprogramm	6.400,00	1.600,00	-
1/0310	Regionalverband Leader	6.700,00	6.700,00	6.717,60
1/0610	Regionalverband Subventionen	2.500,00	1.800,00	1.761,66
1/5520	Krankenhaus GOK RTA	146.500,00	-	-
1/5520	Krankenhaus Selbstträgerschaft	92.000,00	92.000,00	91.999,95
1/6990	Regionalverband Nachtzug	2.400,00	2.100,00	2.064,04
1/6990	Regionalverband Flachgautakt III	-	12.600,00	12.537,00
1/8130	Regionalverband Umwelt	14.400,00	12.100,00	12.440,00
1/8510	Reinhalteverband	890.700,00	889.200,00	1.012.685,30
1/6160	Stegerrichtungsgesellschaft	55.000,00	53.000,00	51.533,19
1/859510	Krankenhaus GOK RTA		143.800,00	162.003,19
1/813000	Abfallentsorgungshof	116.700,00	118.200,00	149.126,23
	Summe	1.339.900,00	1.342.700,00	1.509.307,68

Beiträge an Immobilien KG

		Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Ergebnis 2009
1/2110	Volksschule Betriebskosten	21.200,00	23.100,00	20.926,46
1/2120	Hauptschule Betriebskosten	258.300,00	235.800,00	211.706,08
1/2130	SPZ Betriebskosten	7.800,00	8.500,00	7.670,45
1/2630	Stadthalle Betriebskosten	12.100,00	15.200,00	13.701,86
1/6170	Bauhof Betriebskosten	23.100,00	26.000,00	19.770,87
	Summe	322.500,00	308.600,00	273.775,72

Beiträge an Gemeindeverbände und Betriebe intern

		Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Ergebnis 2009
1/0221	Standesamt	17.400,00	16.900,00	16.388,64
1/0251	Staatsbürgerschaft	7.500,00	7.100,00	7.264,47
1/5101	Gesundheitssprengel	5.300,00	9.500,00	9.585,23
1/8594	Seniorenwohnhäuser	138.800,00	149.600,00	94.594,37
	Summe	169.000,00	183.100,00	127.832,71

Personalkosten

	Verwaltungszweig	Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Ergebnis 2009
1/0000	Mandatare DG Beitrag	2.900,00	3.000,00	2.791,28
1/0100	Zentralamt	218.400,00	198.800,00	196.972,13
1/0110	Personalamt	86.000,00	81.900,00	78.249,64
1/0230	Einwohneramt	62.000,00	130.100,00	79.360,75
1/0240	Wahlangelegenheiten	1.300,00	6.100,00	14.553,32
1/0300	Bauamt	196.900,00	242.100,00	190.993,59
1/9000	Finanzverwaltung	202.700,00	192.400,00	284.180,52
	Summe	767.300,00	851.400,00	844.309,95
1/0220	Standesamt	39.100,00	37.100,00	36.027,79
1/0250	Staatsbürgerschaft	24.700,00	23.800,00	23.434,55
	Summe	63.800,00	60.900,00	59.462,34
1/0160	EDV	81.900,00	80.900,00	77.004,82
1/2110	Volksschule	126.100,00	124.600,00	122.413,31
1/2120	Hauptschule	3.400,00	4.400,00	3.419,18
1/2130	Sonderschule	76.200,00	69.200,00	81.574,28
1/2140	Polytechnische Schule	22.900,00	22.800,00	22.431,53
	Summe	228.600,00	221.000,00	229.838,30
1/2401	Kindergarten 1	342.700,00	302.400,00	283.784,89
1/2402	Kindergarten 2	284.400,00	285.700,00	241.104,73
1/2403	Kindergarten 3	146.200,00	144.900,00	136.137,70
1/2405	Krabbelstube	89.300,00	81.800,00	79.530,95
1/2409	Kinderg.-Sprachförderung	1.700,00	2.000,00	1.465,71
	Summe	864.300,00	816.800,00	742.023,98
1/2730	Bücherei	38.700,00	36.700,00	35.173,20
1/5100	Gesundheitssprengel	6.700,00	13.800,00	13.456,92
1/5290	Umweltschutz*	73.900,00	71.600,00	69.158,20
1/6170	Bauhof	580.400,00	556.400,00	586.716,61
1/8120	WC-Anlagen	4.800,00	10.400,00	7.241,88
1/8131	Abfallentsorgungshof**	40.000,00	35.600,00	36.417,33
1/8462	Heimathaus	13.100,00	19.600,00	13.986,80
	Summe	2.766.400,00	2.778.100,00	2.717.581,61
	Untervoranschläge			
1/8594	Verw.Gemeinschaft	3.368.400,00	3.279.600,00	2.957.005,04
	Gesamtsumme	6.134.800,00	6.057.700,00	5.674.586,65

* Ersatz durch Regionalverband

** Ersatz durch Mitgliedsgemeinden Altstoffsammelzentrum

Ordentlicher Haushalt

Pflichttransfers

		Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Ergebnis 2009
1/1630	Feuerwehrverband	7.200,00	36.700,00	36.500,00
1/2110	Volksschule	1.600,00	1.800,00	1.429,86
1/2120	Hauptschule	1.600,00	1.700,00	1.429,86
1/2130	SPZ	3.000,00	3.500,00	2.859,72
1/2200	Berufsschulbeiträge	78.000,00	80.000,00	85.377,17
1/2490	Kindertagesbetreuung	15.000,00	15.000,00	16.985,94
1/3200	Musikum	54.000,00	45.000,00	43.704,40
1/3200	Musikschule Flachgau I	1.000,00	600,00	554,60
1/4110	Sozialhilfe	292.600,00	297.300,00	330.510,00
1/4130	Behindertenhilfe	281.100,00	286.700,00	289.199,00
1/4170	Pflegegeld	87.300,00	87.100,00	93.504,00
1/4390	Jugendwohlfahrt	121.000,00	102.600,00	81.588,00
1/5300	Rotes Kreuz	22.700,00	28.700,00	21.785,40
1/5900	KA-Zusammenarb.Fonds	155.400,00	147.100,00	145.879,00
1/6110	Ortsdurchfahrt	8.500,00	8.500,00	8.223,00
1/6120	Ländl.Straßenerh.Fonds	25.000,00	25.000,00	24.765,68
1/6120	Treppelweg	5.000,00	5.000,00	4.800,00
1/6330	Wildbachverbauung	500,00	1.000,00	
1/7420	Besamungsaktion	800,00	1.000,00	479,15
1/7710	FVFF-Beitrag	300,00	200,00	421,25
1/7710	Ortstaxe	700,00	700,00	525,17
1/9300	Landesumlage	254.500,00	224.200,00	241.380,05
	Summe	1.416.800,00	1.399.400,00	1.431.901,25

Ermessenstransfers

		Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Ergebnis 2009
1/0610	Sonstige Subventionen	5.000,00	5.000,00	1.714,00
1/0630	Partnerschaften	500,00	500,00	-
1/2490	Eltern-Kind-Zentrum	3.400,00	3.500,00	3.279,95
1/2590	Jugenderziehung	40.700,00	42.300,00	32.906,52
1/2690	Sportförderung	27.000,00	27.000,00	26.631,24
1/2690	Sportstättenerrichtung			60.744,70
1/2700	Volkshochschule	500,00	1.000,00	522,50
1/2710	Volksbildungswerk	1.500,00	3.000,00	380,00
1/3220	Stadtmusik	7.000,00	7.000,00	7.100,00
1/3690	Heimatvereine	6.000,00	6.000,00	3.874,16
1/3690	Pfadfinder		30.000,00	40.000,00
1/3900	Kirchl.Angelegenheiten	1.200,00	1.200,00	24.002,50
1/4290	Altenbetreuung	2.000,00	2.500,00	1.820,00
1/4800	Solaranlagen,Wärmep.	5.000,00	5.000,00	3.600,00
1/7820	Wirtschaftsförderung	4.000,00	4.000,00	4.125,00
	Summe	103.800,00	138.000,00	210.700,57

Ordentlicher Haushalt

Gemeindeeigene Steuern

Steuerart	Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Ergebnis 2009
Grundsteuer A	2.700,00	2.700,00	1.885,51
Grundsteuer B	274.000,00	290.000,00	299.676,34
Kommunalsteuer	1.010.000,00	1.000.000,00	1.008.664,75
Fremdenverkehrsabgabe	600,00	700,00	617,05
Getränkesteuer			- 35.102,11
Vergnügungssteuer	5.000,00	5.000,00	4.532,60
Hundesteuer	8.700,00	8.700,00	8.677,09
Zwischensumme	1.301.000,00	1.307.100,00	1.288.951,23
Ertragsanteile	4.155.400,00	3.738.800,00	3.886.734,84
Selbstträgerschaft	114.500,00	114.500,00	114.484,24
Schlüsselzuweisung	108.900,00	108.900,00	107.480,23
Gesamtsumme	4.378.800,00	3.962.200,00	4.108.699,31

Gebühren und Beiträge

Gebührenart	Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Ergebnis 2009
Verwaltungsabgaben allgem.	22.500,00	25.000,00	20.006,90
Standesamts-Staatsb.Geb.	11.000,00	11.500,00	9.622,85
Kommissionsgebühren	2.000,00	2.000,00	1.819,19
Kindergartenbeiträge 1	63.400,00	56.500,00	50.611,66
Kindergartenbeiträge 2	112.800,00	103.900,00	92.138,08
Kindergartenbeiträge 3	30.900,00	30.600,00	29.283,59
Krabbelstube	23.000,00	14.500,00	29.618,94
Heimatmuseum	5.500,00	8.000,00	5.842,45
Müllabfuhrgebühren	581.000,00	580.700,00	560.123,40
Friedhofgebühren	37.000,00	35.000,00	40.211,06
Marktgebühren	6.500,00	11.000,00	10.006,08
Wasseranschlußgebühren	25.000,00	100.000,00	132.088,22
Wasserzins	344.600,00	344.500,00	296.210,29
Kanalanschlußgebühren	103.000,00	190.700,00	425.816,94
Kanalgebühren	1.000.000,00	950.000,00	872.669,05
Summe	2.368.200,00	2.463.900,00	2.576.068,70

Schuldenstand VA 2011

	Kategorie 1	Kategorie 2	Kategorie 3	Summe
Anfangsstand	7.778.605,00	2.955.495,00	2.933.000,00	13.667.100,00
Zugang			6.530.100,00	6.530.100,00
Abgang	425.500,00	135.500,00		561.000,00
Endstand	7.353.105,00	2.819.995,00	9.463.100,00	19.636.200,00
Endstand Kat. 1 u. 2	10.173.100,00			

Erläuterungen:

Die Schuldenkategorie 3 betrifft den Neubau HAK/HAS/PTS und beinhaltet die Gesamtfinanzierungskosten für den Bund, die Sprengelgemeinden und die Stadtgemeinde Oberndorf. Die Trennung der Darlehen erfolgt erst nach Bauendabrechnung.

Haftungen

Anfangsstand	16.470.900,00
Zugang	
Abgang	448.300,00
Endstand	16.022.600,00

Annuitätendienst

Tilgung	561.000,00
Zinsen	136.800,00
Ersätze	-
Netto	697.800,00

Rücklagen/Rückstellungen

Anfangsstand	140.529,71
Zugang	53.400,00
Abgang	38.300,00
Endstand	155.629,71

Dauerschuldverpflichtungen

Jahrestreffnis	529.300,00
----------------	------------

Wertpapiere/Beteiligungen

Anfangsstand	99.855,52
Zugang	42.000,00
Abgang	-
Endstand	141.855,52

Gegebene Darlehen

Anfangsstand	3.653.912,38
Zugang	6.530.100,00
Abgang	12.900,00
Endstand	10.171.112,38

Erläuterungen:

Die Wertpapiere als Tilgungsträger für den CHF-Kredit wurden im Jahr 2010 angekauft und die Rücklage gleichzeitig aufgelöst. Für das Jahr 2011 wurde ein Ankauf in der Höhe von € 42.000,00 veranschlagt. Dies ist eine Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um € 16.000,00 und begründet sich in der Kursänderung des Schweizer Franken.

Bürgermeister:

Die Entwicklung der Ertragsanteile lädt nicht zum Frohlocken ein. Es ist davon auszugehen, dass mit 2012 das Ergebnis 2008 erreicht wird. Bei den Sozialbeiträgen gibt es eine gewisse Stagnation, auch beim SAGES haben wir mehr Einschränkungen. Was das Krankenhaus betrifft, so haben wir richtig gehandelt, damit uns die Ausgaben nicht mehr belasten. Die Landeskrankenanstalten verlangen das Ihre immer wieder ab. Wir hoffen, mit den Intensivbetten das Land zu entlasten. Einsparungen ergeben sich durch den Einkauf und gewisse Versicherungsverträge. Die Bilanz zeigt, dass der eingeschlagene Weg Sinn gemacht hat.

Bei den Transferzahlungen zum Land hat sich eine Erleichterung ergeben. Im Jugendbetreuungs Bereich hat die Gemeinde Aufträge bekommen, die sie aus dem eigenen Haushalt zu zahlen hat. Doch das Ergebnis ist durchaus akzeptabel.

Zu den Einnahmen aus Kommunalsteuer und Wasser- und Kanalgebühren: Der Wasserverbrauch geht zurück, es wird gespart. Dadurch sinken die Einnahmen. Die Kommunalsteuer ist etwa gleich der des Vorjahres. Somit werden wir dieselben Summen über Jahre fortschreiben müssen, was nicht erfreulich ist.

Ordentlicher Haushalt: Das Paket der Investitionen ist gestiegen - Beispiele: Ankauf Gerätschaften für den Bauhof, Friedhof/Ausstattung Aussegnungshalle, VWG Seniorenwohnhäuser; die Aufträge an die heimische Wirtschaft stehen dadurch natürlich vermehrt an und sorgen für Belebung.

Im Schulbereich ist dem Bedienstetenschutzgesetz Rechnung zu tragen und schrittweise umzusetzen, im Kindergartenbereich stehen Sanierungstätigkeiten an, umfassende Baumschneidearbeiten sind aus Gefährdungsgründen im Park vorzunehmen - hier ist Handlungsbedarf gegeben.

Außerordentlicher Haushalt: Im Kindergarten 3 ist die Detailplanung für Sanierungsmaßnahmen vorzunehmen (Isolierung, da es beim Holzbau zwischenzeitlich durch die Fugen zieht). Zum Gastag: Hier geht es um Asphaltierungsmaßnahmen und einschränkende Maßnahmen hinsichtlich des Durchzugsverkehrs. Ich schlage vor, dies im Bauausschuss zu beraten. Weiters sind die restlichen Umsetzungsmaßnahmen im Bereich der Sanierung der Fußgängerübergänge fällig.

Der Voranschlag 2011 enthält Zuführungen zum Außerordentlichen Haushalt und Rückführungen in den Ordentlichen Haushalt - es geht in Richtung wirtschaftliche Besserung.

Entwicklung der Tilgungen und Zinsen: Die Zinsentwicklung sieht gut aus, wir hoffen dass dies so weitergehen wird. Die Tilgungen sind fix vorgeschrieben. Bei den Schulden sind jene der Kategorie 1 und 2 im Sinken. Die Schulden der Kategorie 3 (Schulneubau HAK/HAS/PTS) werden durch einen Dritten getragen.

Vereine: Hier haben wir Investitionen von € 103.000,--. Ich bin davon überzeugt, dass wir uns auf dem richtigen Weg befinden. Wir haben einiges umzusetzen.

Resümee: Insgesamt steigen die Investitionen, der Schuldenstand sinkt. Ich hoffe, dass das Budget allen Fraktionen entspricht. Die abgehaltene Klausur hat der Informationsbeschaffung gedient. Bis heute hat es keine großen Nachfragen gegeben, erkundigt haben sich zu einigen Punkten die NOW und die Grünen. Von den Grünen wurde der Wunsch geäußert, dass wir einen Ansatz für Klimaschutz und Mobilität im Schuldenbereich aufnehmen. Das wäre eine Ergänzung zum Jahresvoranschlag.

Ich bitte nun, in die Diskussion einzusteigen und Fragen zu stellen, die wir gerne beantworten werden. Ich danke vorweg für die Aufarbeitung dieser Zahlen Frau Moßhammer und

Frau Gradl sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Amtes für ihre Arbeit das gesamte Jahr über.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Danke an die Finanzverwaltung, im Speziellen der neuen Leiterin Doris Moßhammer. Wir sind sehr zufrieden mit der Amtsführung. Zum Budget gibt es nicht sehr viel zu sagen. Zum letzten Punkt, der Schuldenentwicklung: Ich stimme dem Bürgermeister nur zum Teil zu, denn die Kategorie 3 mit 9,5 Mio. Euro für 2011 betreffen teilweise auch die Gemeinde. Dies spiegelt jetzt nicht ganz die Wahrheit wider. Über den Schulbau wurde ausführlich diskutiert. Mit Sorge erfüllt uns die Zinsentwicklung 2010 - 2013. Wir zahlen derzeit nur mehr ein Viertel von dem, was wir 2008 bezahlt haben. Das wird wieder deutlich nach oben gehen. Detaillierte Informationen würde ich gerne im Mittelfristigen Finanzplan haben. Dem Budget 2011 werden wir unsere Zustimmung erteilen.

Bürgermeister: Die von mir genannte Zahl von 1,9 Mio. wird sich natürlich 2013 wieder in der Kategorie 1 finden. Doch ich gehe davon aus, dass die Schuldenentwicklung aus einem gemeinsamen Beschluss entstanden ist. Der Schulbau war ja von allen gewollt, es gab nur Uneinigkeit hinsichtlich der Standortfrage. Zur Zinsentwicklung: Derzeit sind sie sehr weit unten und wir können nur hoffen, dass dies noch eine gewisse Zeit so bleibt.

GV Dipl.-Ing. Weiner (Wortmeldung vom Datenträger übernommen): „Die Fraktion der NOW kann dem Jahresvoranschlag 2011 nicht zustimmen, weil er die Weiterführung und Weiterfinanzierung des Projektes „neues Schulzentrum“ am gegebenen Standort enthält. Neben der aus unserer Sicht glücklosen Wahl des Standortes und der aufgrund der Hochwassergefahr notwendigen architektonischen Gestaltung verfolgen wir mit großer Sorge die Kostenentwicklung des Projektes. Wurde noch im Juli 2008 der Architektenwettbewerb mit einer Kostendeckelung von EUR 10,5 Mio. ausgeschrieben und bewertet, erfahren wir 2 Jahre später beim ersten Spatenstich im Juli 2010 von Kosten in Höhe von über EUR 16 Mio., also einer Kostensteigerung, aus welchen Gründen auch immer, von über 50%. Die Beteuerung, dass der Kostenanteil für die Gemeinde Oberndorf dabei gleich geblieben sei, ist nur begrenzt tröstlich und wird sich erst mit Endabrechnung zu beweisen haben. Die NOW will sich an der Verantwortung für dieses augenscheinlich ausufernde Projekt weiterhin nicht beteiligen.“

Bürgermeister: Die Kosten wurden genau eingehalten. Die 10,8 Mio. waren Schätzkosten, dazu gibt es auch die entsprechende Begründung, warum es auf rund 16 Mio. gestiegen ist. Das wurde in vorangegangenen Sitzungen hinlänglich vorgestellt. Ich nehme zur Kenntnis, dass diese Maßnahme, die die Stadtgemeinde Oberndorf mit 1,9 Mio. Euro in der Zukunft treffen wird, dafür ausreicht, das Budget im Gesamten abzulehnen!

Stadträtin Petzlberger: Von der Fraktion der Grünen ergeht der Dank an die Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Wir danken auch, dass es möglich war, für den Klimaschutz einen ersten Beitrag zu leisten. Wir werden dem Budget zustimmen, haben aber auch Wünsche. Vielleicht könnte Oberndorf auch Photovoltaik und Pellets in die Förderrichtlinien aufnehmen. Dass LED-Lampen ausgefallene andere Lampen ersetzen, ist eine gute Richtung. Mit dieser Haltung sind wir sicherlich allein. Wir stimmen dem Budget zu.

Bürgermeister: Über Photovoltaik kann man sprechen, bei Pellets stimme ich nicht zu. Wenn es finanziell möglich ist, sind wir gerne zu gewissen Umsetzungsmaßnahmen bereit. Es gibt derzeit jedoch vorrangige Maßnahmen, z. B. im Personalbereich. Vielleicht hat die Salzburg AG einmal ein entsprechendes Angebot. Doch wir tun auf jeden Fall etwas: Im Bereich der Aufzüge haben wir auf LED umgestellt, hier wird es zu Einsparungen kommen. Im Rahmen des Projekts „Klimaschutz - Mobilität“ wurde noch ein Gesamtbetrag von € 1.500,-- für die Mobilitätsschulung der Volks- und Hauptschulkinder vorgesehen. Wir sind also durchaus umweltbewusst unterwegs. Für Hinweise bin ich aber immer sehr dankbar!

Stadtrat Stranzinger (Wortmeldung per Mail erhalten und übernommen): „Zuerst möchte ich mich im Namen meiner Fraktion bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtgemeinde Oberndorf für ihren Einsatz im letzten Jahr bedanken. Und zwar nicht nur bei den Mitarbeitern im Stadtamt, mit denen wir in erster Linie das ganze Jahr über zusammenarbeiten, sondern auch bei all jenen, die mit uns nicht regelmäßig zu tun haben, die aber genauso tagtäglich mit viel Engagement für unsere Stadt tätig sind.

Was das Budget 2011 betrifft, möchte ich mich eher kurz halten. Zahlen und Daten sind ja schon genug zitiert worden, daher nur eine Bemerkung zur Schuldenentwicklung der letzten Jahre: Schuldenstand der Kategorie 1 und 2 Ende 2009 - 11,295 Mio. Euro, Schulden lt. Voranschlag 2010 10,737 Mio. Euro, Schulden lt. VA 2011 10,173 Mio. Euro. Das bedeutet eine sukzessive Verringerung des Schuldenstandes um rund 560.000,-- Euro pro Jahr.

Und das in Zeiten einer äußerst angespannten Wirtschaftslage und unter sehr schwierigen finanziellen Verhältnissen, besonders für die Gemeinden, die mit massiven Einbrüchen der Ertragsanteile als wesentliche Einnahmenquelle konfrontiert sind. Und wenn man in dieser Situation ein ausgeglichenes Budget zustande bringt, ohne Einbußen bei der Unterstützung der Vereine und Institutionen, ohne die Bevölkerung über Gebühr mit hohen Abgaben zu belasten und wenn man trotz dieser prekären Wirtschaftslage notwendige und sinnvolle Investitionen wie zum Beispiel den Hochwasserschutz oder die für 2011 budgetierte Gastagsanierung und noch viele andere, wichtige Maßnahmen umsetzen kann – dann ist das wohl keine schlechte Leistung!

Maßgeblich dafür war die zukunftsweisende, innovative Umsetzung diverser Projekte durch Bürgermeister Schröder in den letzten Jahren. Dadurch ist es einerseits gelungen, Oberndorf mittels gezielter Investitionen als Gesundheits-, Bildungs- und Sozialstandort weiter zu entwickeln und andererseits explodierende Kosten und nicht mehr planbare Belastungen zu minimieren.

Beispiel Krankenhaus: Ohne Beteiligung eines externen Partners zur Betriebsführung hätten wir uns die notwendigen Um- und Neubauten niemals leisten können. Jetzt entsteht ein modernes Gesundheitszentrum, durch das angegliederte Rehabilitations- u. Ärztezentrum ergeben sich zweckmäßige Synergien und neue, qualitativ hochwertige Arbeitsplätze werden in unserer Region geschaffen, und das alles unter 100%-iger Rechtsträgerschaft unserer Stadt. Wir haben das bestehende Krankenhaus nicht einfach an das Land abgegeben, so wie andere Gemeinden in Salzburg, der finanzielle Aufwand ist jetzt durch diese richtungsweisende Entscheidung plan- und tragbar.

Und so gibt es in dieser Hinsicht noch viele Beispiele, ich möchte hier nur die Verwaltungsgemeinschaft der Seniorenwohnhäuser Oberndorf und Bürmoos erwähnen, die sehr gut läuft und eben durch die gemeinsame Verwaltung auch Kosten spart.

Durch die gute Zusammenarbeit unseres Bürgermeisters mit den Entscheidungsträgern in den Gebietskörperschaften von Bund und Land, durch sein hartnäckiges Verhandeln und durch die überregionale Kooperation mit den Bürgermeistern in der Region und auch im benachbarten Bayern hat Bürgermeister Peter Schröder in den letzten Jahren viel für unsere Stadt und die Bevölkerung erreicht.

Für die Zukunft gilt es, diesen erfolgreichen Weg des sinnvollen Mitteleinsatzes und maßvollen Umganges mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln konsequent fortzusetzen und gemeinsam und mit größtmöglicher Geschlossenheit für unsere Stadt zu arbeiten.

Selbstverständlich stimmen wir dem Budget 2011 zu.“

Zur NOW ergänzt Stadtrat Stranzinger, dass er nicht akzeptieren kann und es auch nicht in Ordnung findet, aus den genannten Gründen ein so komplexes Werk wie ein Budget als Gesamtes abzulehnen.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Ich habe gesagt, wir machen keine Schuldiskussion. Anmerken muss ich, dass wir die Kostenentwicklung verfolgen; sie ist an diesem Standort im gesetzten Rahmen. Wir sind jedoch der Meinung, ein anderer Standort wäre günstiger gewesen.

Zur Schuldenentwicklung: Die Tilgungen sind erfreulich, wobei sie zu einem großen Teil auf die Zinsenentwicklung zurückzuführen sind. Das sind Dinge, die wir nicht beeinflussen können, die uns aber das Budget gerettet haben und einen gewissen Spielraum geben.

Bürgermeister: Zum Schulbau ist zu sagen, dass ich bereits eine Unterlage über andere Schulen, die jetzt gebaut wurden und m2-mäßig über der unseren liegen, vorgelegt habe. Das beweist, dass das Argument, dass der Standort falsch wäre, stimmt nicht. Wir bauen dort nicht teurer. Herr Billik könnte das unterstreichen. Ich kann das auch nochmals vorlegen. Hinweisen möchte ich auch noch darauf, dass es euch sicher nicht lieber wäre, wenn die Zinsen höher wären und die Tilgung zurück ginge. Dann würdet ihr mir den Vorwurf machen über Schulden, die ich als Bürgermeister nicht verursacht habe. Von diesen € 10,173.000,-- Schulden ist die Hauptschule dazugekommen mit €598.000,-- und der Abschnitt 07/08, der keine Erfindung von mir ist, sondern eine Sache die ich nur fortgesetzt und erledigt habe. Ich habe mit allen Mitteln versucht, in Zusammenarbeit mit Dipl.-Ing. Kettl und den zuständigen Mitarbeitern die Kosten zu minimieren. Mir das vorzuwerfen, das könnt ihr nicht. Die Hauptschule beruht auf einem gemeinsamen Beschluss. Es wurde 15 Jahre diskutiert und ich habe es dann letztendlich mit euch umgesetzt.

Dipl.-Ing. Müller zur Kostenentwicklung beim Schulbau: Sie haben 10,8 Mio. mit 16,23 Mio. verglichen. Die 10,8 Mio. sind Baukosten ohne Nebenkosten, 16,23 Mio. sind mit Nebenkosten. Man muss 12,67 Mio. mit 16,23 Mio. vergleichen. Dies ist keineswegs eine Erhöhung von 60 %. Wir haben ein Argusauge auf die Kostenentwicklung und sind diesbezüglich sehr gut unterwegs. Der Kostenrahmen wird jedenfalls eingehalten.

GV Dipl.-Ing. Weiner: Das ist sehr erfreulich, ich habe jedoch auch dazu gesagt, „...eine Kostensteigerung, aus welchen Gründen auch immer.“ Die Gründe sind mir nicht alle bekannt.

Dipl.-Ing. Müller: Man muss immer das Richtige miteinander vergleichen.

Stadtrat Prem: Hans Schweiberer hat uns genau das schon vor zwei Jahren gesagt. Er hat das damals schon genau ausgerechnet und uns gesagt, da kommen wir hin.

Bürgermeister: Was die zitierten 10,8 Mio. Schätzkosten betrifft, so ist hier ein Fehler beim Land passiert. Ich werde mir das wohl immer vorwerfen lassen müssen.

GV Dipl.-Ing. Weiner: Diskussionsbeiträge, wo Kritik drinnen steckt, bitte ich nicht immer persönlich auf sich zu beziehen. Wir sprechen von einem Projekt, welches hier beschlossen wurde. Der Bürgermeister ist nicht allein schuld.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Mich erschüttert der Sanierungsbedarf des Kindergarten III. Wir haben damals einstimmig beschlossen, den Bau in Holzbauweise durchzuführen. Dass nach 13 - 14 Jahren eine Sanierung in dieser Größenordnung erforderlich ist, erschüttert mich wirklich. Eine Anregung wäre, dass man vielleicht seitens „Holzbau“ technische oder finanzielle Unterstützung bekommen kann.

Dipl.-Ing. Müller: Daran haben wir auch gedacht. Wir müssen ein vernünftiges Sanierungskonzept entwickeln.

Bürgermeister: Wenn wir jemanden mit ins Boot holen können, werden wir das machen.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag auf Beschlussfassung des Jahresvoranschlages 2011.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): 19 Stimmen dafür, 3 Stimmen dagegen (GV Dipl.-Ing. Weiner, Stadtrat Dietmar Prem, GV Hagmüller)

8. Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG - Jahresvoranschlag 2011

Frau Moßhammer erläutert wie folgt:

Das Voranschlagsvolumen der Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG beträgt im Jahr 2011 € 8.138.300,00. Der Neubau der HAK/HAS/PTS ist mit von der Firma PM1 prognostizierten Baukosten von € 7.767.000,00 verbucht.

Auf der Einnahmenseite wird das Zwischenfinanzierungsdarlehen um € 6.530.100,00 erhöht und der GAF in der Höhe von € 1.236.900,00 abgerufen.

Die Betriebskosten der Hauptschule Oberndorf wurden mit € 246.100,00 veranschlagt. Darin sind die Strom-, Gas-, Reinigungs- und Instandhaltungskosten des Gebäudes enthalten.

Weiters sind eine Darlehenstilgung von € 12.400,00 und Darlehenszinsen von € 12.700,00 gebucht. Die Jahresmiete der Stadtgemeinde Oberndorf an die Stadtgemeinde Immobilien KG beträgt € 25.159,59 netto.

Ab April 2010 wurde auch das Altgebäude der HAK/HAS/PTS in die Immobilien KG eingliedert. Die Miete wurde mit 1,5 % des Einheitswertes sowie der aktivierungspflichtigen Kosten des Altgebäudes berechnet und beträgt jährlich € 10.180,80. Die Betriebskosten für die PTS betragen € 44.800,00, für die HAK/HAS € 37.100,00. In Höhe der Miete wird für die PTS eine Rückstellung von € 3.200,00 und für die HAK/HAS von € 7.000,00 gebildet. Im Rahmen der Jahresrechnung wird eine Betriebskostenabrechnung durchgeführt und mit der Stadtgemeinde Oberndorf abgerechnet. Diese Kosten fließen dann in die Gastschulbeitragsberechnung für die Sprengelgemeinden ein.

Da keine Wortmeldungen dazu vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, den Jahresvoranschlag 2011 der Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): 19 Stimmen dafür, 3 Stimmen dagegen (NOW und GV Hagmüller)

9. Haushaltsbeschluss 2011

Bürgermeister Schröder erläutert den vorliegenden Haushaltsbeschluss wie folgt: Gegenüber dem Vorjahr gibt es im Bereich der gemeindeeigenen Steuern und Gebühren eine Erhöhung im Bereich der Vergnügungssteuer sowie bei der Hundesteuer. Weitere Erhöhungen wurden bei den Friedhofs- und Wassergebühren notwendig. Dazu liegt nachstehender Amtsbericht vor:

„Friedhofgebühr

Im Friedhof müssen im folgenden Jahr Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden:

- Entfernung der Birken und Neubepflanzung
- Ankauf Wasch- und Obduktionstisch
- Ankauf von Ausstattungsgegenständen für die Aussegnungshalle
- Erweiterung Urnenfriedhof

Aufgrund der anfallenden Investitionen ist es notwendig, die Friedhofsgebühr anzuheben.

Wasser- und Kanalbezugsgebühr

Die Haushalte Wasser und Kanal sollten sich durch die Gebühreneinnahmen finanzieren. Durch laufende Sanierungsmaßnahmen wie z. B. die Transportleitung Maria Bühel mit € 327.000,00, die Wasserleitung Haidenöster mit € 108.000,00 und die Umstellung vom Mischsystem zum Trennsystem sind hohe Investitionskosten zu verbuchen.

Im Jahr 2010 wurden ca. 297.120 m³ Wasser verbraucht. Der Durchschnittsverbrauch der letzten 7 Jahre betrug 304.500 m³. Für die Höhe des Wasserverbrauchs sind unterschiedliche Faktoren maßgebend, z. B. die Klimaverhältnisse während des Jahres und natürlich auch der sorgsamere Umgang der Haushalte mit dem Wasser.

Die Entwicklung des Gebührenhaushaltes Kanal verläuft analog zum Gebührenhaushalt Wasser.

Der Verbrauch im Jahr 2010 betrug ca. 330.000,00 m³ und ist gegenüber dem Durchschnittsverbrauch der letzten 7 Jahre um 13.000 m³ gesunken.

Aufgrund der Eröffnung des Rehabilitations- und Ärzte zentrums und der Hochrechnung des Mehrverbrauchs im letzten Quartal wurden für das Jahr 2011 wieder die Durchschnittswerte der Wasser- und Kanalkalkulation zu Grunde gelegt.

Da jedoch mit der laufenden Wasser- und Kanalgebühr auch die Sanierungs- und Errichtungsmaßnahmen mitfinanziert werden müssen, ist die im Haushaltsbeschluss vorgeschlagene Erhöhung um 2,5% (AdSLR Erhöhung Kanal 2,53%) zum Ausgleich der Gebührenhaushalte Wasser und Kanal notwendig.“

Erläuterungen aus dem Amtsbericht zu:

„Müllabfuhrgebühr

Die Hochrechnung des Gebührenhaushaltes Müllentsorgung für das Jahr 2010 und die Kalkulation für das Voranschlagsjahr 2011 ergeben einen Überschuss und eine Rücklagenzuführung. Daher ist keine Müllgebührenerhöhung vorgesehen.

Um für eine negative Entwicklung gewappnet zu sein, ist eine Erhöhung der Bereitstellungsgebühr um 5,00% notwendig.

Seniorenwohnhäuser

Die Gebühren sind an die Obergrenzenverordnung der für Hilfesuchende zu leistenden Pflegeentgelten in Alten- und Pflegeheimen angeglichen.“

Weiters ist festzuhalten:

In § 6 des Haushaltsbeschlusses wird der Bürgermeister ermächtigt, für den Betrieb der Stadtgemeinde, der Immobilien KG und der VWG Seniorenwohnhäuser Oberndorf/Bürmoos Darlehen bei der Raika, der Volksbank Oberndorf, der Salzburger Sparkasse und der Salz-

burger Landeshypothekenbank, alle in Oberndorf, Darlehen in einer bestimmten Höhe aufzunehmen.

§ 12 des Haushaltsbeschlusses sagt aus, dass zusätzlich zur beschlossenen Deckungsfähigkeit der Posten innerhalb eines Ansatzes die Ansätze der Gebärungen der Wasserversorgung und der Kanalisation gegenseitig deckungsfähig sein sollen.

Weiters sind im Haushaltsbeschluss die Entgelte für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und die Erbringung von Leistungen durch Gemeindebedienstete geregelt sowie die Tarife für Hallenmieten und diverse Zusatzleistungen bei Veranstaltungen.

Frau Moßhammer ergänzt, dass sich bei der Erläuterung der Müllgebühren ein Fehler eingeschlichen hat, der korrigiert wurde. Für die Finanzverwaltung ist die Erhöhung der Wasser- und Kanalgebühr das Wichtigste, weil laufend Sanierungen anstehen. Oberndorf ist flächenmäßig sehr klein und die Einnahmen aus Interessentenbeiträgen, die die Investitionen stützen sollten, gehen uns aus. Der Wasserverbrauch sinkt auch. Um die laufenden Ausgaben relativ gesichert abdecken zu können, würde sie auf eine Erhöhung der Gebühren hoffen.

Stadtrat Prem: Was macht die Erhöhung in Summe über das Jahr gesehen aus?

Frau Moßhammer: € 26.000,-- im Kanal- und € 9.000,-- im Wasserbereich pro Jahr.

Stadtrat Prem: Wenn ihr sagt, wir brauchen das Geld, stimmen wir zu.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, den Haushaltsbeschluss 2011 mit den oben erwähnten Änderungen gegenüber 2010 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

10. Stellenplan 2011

a) Allgemein

Der Stellenplan lag im Fraktionsordner auf. Es bestehen keinerlei Änderungen gegenüber dem Vorjahr.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, den Stellenplan 2011 - Allgemein zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

b) Seniorenwohnhäuser

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Allgemein:

Das genehmigte Beschäftigungsausmaß wurde auf mehrere Positionen verteilt, daraus ergibt sich aber keine Erhöhung des genehmigten Beschäftigungsausmaßes.

Pos. 41.20.1 Pflegedienstleitung

Gemäß den Stellenplanrichtlinien wird der Posten neu bewertet und zwar von c-I-IV in c-I-V.

Erhöhung Pflegepersonal

Erhöhung um 200% für Pflegepersonal im Haus Bürmoos von bisher 2800% auf 3000% (bereits von der Abteilung 3 genehmigt, wird auch von der Abteilung 11 genehmigt).

Der Stellenplan lag im Fraktionsordner auf.“

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, den Stellenplan 2011 - Seniorenwohnhäuser zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

c) Krankenhaus

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„In der Rahmenvereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Oberndorf und der VAMED Management und Service GmbH & Co KG wurde die Personalbeistellung des bei der Stadtgemeinde Oberndorf im Krankenhaus beschäftigten Personals geregelt. Die Stadtgemeinde Oberndorf hat dazu mit der Gemeinnützigen Oberndorfer Krankenhausbetriebs GmbH einen Personalbeistellungsvertrag abgeschlossen. Alle mit Stichtag 31.03.2008 bei der Stadtgemeinde Oberndorf angestellten Mitarbeiter werden weiterhin im Stellenplan der Stadtgemeinde Oberndorf bis zu ihrer Beendigung des Dienstverhältnisses geführt. Mit der Abteilung 11 wurde vereinbart, dass zur besseren Übersicht der Stellenplan in den nächsten Jahren in seinem ganzen Umfang weitergeführt werden soll. Ausgeschiedene Dienstnehmer bzw. frei werdende Dienstposten sind mit N.N. zu kennzeichnen.

Der Stellenplan lag im Fraktionsordner auf.“

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, den Stellenplan 2011 - Krankenhaus zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

11. Mittelfristiger Finanzplan

Der Mittelfristige Finanzplan lag ebenfalls bei der Budgetklausur vor. Es sind jene Dinge, die in der Zukunft umzusetzen sind, allen bekannt. Bürgermeister Schröder erläutert einige Details aus dem MFP und hält fest, dass auch in der Zukunft die OSK-Frage bis 2017 und das Thema „Stadtamt“ zu regeln sein werden. Das Stadtamt entspricht in keiner Weise mehr den Dienstnehmerschutzbestimmungen.

Frau Moßhammer stellt den MFP anhand der nachstehenden Unterlage vor:

MFP Summen	2012	2013	2014	2015
Einnahmen OHH	11.393.300,00	11.670.000,00	11.955.800,00	12.248.900,00
Ausgaben OHH	11.125.100,00	11.431.200,00	11.602.600,00	11.886.000,00
Differenz OHH	268.200,00	238.800,00	353.200,00	362.900,00
Einnahmen AOH	4.918.000,00	530.000,00	-	-
Ausgaben AOH	4.918.000,00	530.000,00	-	-
Differenz AOH	-	-	-	-
Gesamtdifferenz	268.200,00	238.800,00	353.200,00	362.900,00
abzügl. Kontoklasse "0"	100.000,00	100.000,00	100.000,00	100.000,00
voraussichtl. Verfügbarer Überschuß	168.200,00	138.800,00	253.200,00	262.900,00

Erläuterungen:

Die Gesamtdifferenz zwischen Einnahmen und Ausgaben in den MFP-Jahren 2012-2015 wird am Haushaltskonto 1/970/7290, Verstärkungsmittel, verbucht. Die Einnahmen und Ausgabengleichheit ist somit gegeben. (Vorgabe Abt. 11)

Für die Kontoklasse "0", Investitionen werden vorsorglich € 100.000,00 reserviert.
Der sich daraus voraussichtliche verfügbare Überschuß ist für zukünftige Vorhaben zu verwenden.

Die Finanzierung des Neubaus HAK/HAS/PTS ist mit den Brutto-Gesamtkosten im AOH dargestellt.
Das heißt es ist das Gesamtzwischenfinanzierungsdarlehen sowohl für Bund, Sprengelgemeinden und der Stadtgemeinde Oberndorf enthalten.
Im MFP-Jahr 2013 ist die Tilgung der Stadtgemeinde in der Höhe von € 136.400,00 enthalten
Für die MFP-Jahre 2014 und 2015 wurde der Schuldendienst mit 2,5% hochgerechnet.

Für den zukünftigen Ankauf notwendiger Feuerwehrlöschfahrzeuge wurden ab dem Jahr 2012 € 92.000,00 verbucht.

Die Zuführungen aus dem ordentlichen Haushalt für die Vorhaben Wasserleitungsbau Haidenöster, Beleuchtung Fußgängerübergänge, Sanierung Kindergarten III in der Gesamthöhe von € 194.300,00 sind im MFP für das Jahr 2012 bereits verbucht

AOH - MFP

Wasserleitungsbau Haidenöster

	Gesamt	2011	2012
Ausgaben			
Baukosten	108.500,00	8.500,00	100.000,00
Einnahmen			
Ordentlicher Haushalt	108.500,00	8.500,00	100.000,00

Beleuchtung Fußgängerübergänge

	Gesamt	2011	2012
Ausgaben			
Baukosten	31.000,00	25.000,00	6.000,00
Einnahmen			
Ordentlicher Haushalt	19.000,00	15.300,00	3.700,00
GAF Mittel	12.000,00	9.700,00	2.300,00
Summe	31.000,00	25.000,00	6.000,00

Sanierung Kindergarten III

	Gesamt	2011	2012
Ausgaben			
Baukosten	170.000,00	8.000,00	162.000,00
Einnahmen			
Ordentlicher Haushalt	98.600,00	8.000,00	90.600,00
GAF Mittel	71.400,00		71.400,00
Summe	170.000,00	8.000,00	162.000,00

Plan - Vorhaben

Nr.	Straßenbauvorhaben	Betrag brutto	Zeitraum	GAF	GAF %	GAF Betrag	OHH
1	Breitenbauernweg (bereits durchgeführt)	35.000,00	2010	ja	39	13.650,00	21.350,00
2	Gastag-Bauernbräu (VA 2011)	182.000,00	2011	ja	39	70.980,00	111.020,00
3	Schutzwegsicherung (VA 2011)	25.000,00	2011	ja	39	9.750,00	15.250,00
	Schutzwegsicherung (im MFP 2012)	6.000,00	2012	ja	39	2.340,00	3.660,00
4	Schulweg Kreuzerleithen-Straßen	81.000,00		ja	39	31.590,00	49.410,00
5	Schulweg Kreuzerleithen-Beleuchtung	13.000,00		ja	39	5.070,00	7.930,00
6	Siedlungsstraße	28.000,00		ja	39	10.920,00	17.080,00
7	Zufahrtsstrasse Kindergarten III	40.000,00		ja	39	15.600,00	24.400,00
8	Feinbelag Kirchplatz (Ablinger) u. Gehsteig	20.000,00		ja	39	7.800,00	12.200,00
9	Gehsteigabsenkung Post/Ecke Rottmayrstr.	8.000,00		ja	39	3.120,00	4.880,00
10	Beleuchtung Uferstrasse	32.000,00		ja	39	12.480,00	19.520,00
11	Schopperweg, Planung	16.800,00				6.552,00	10.248,00
12	Schopperweg, Kostenschätzung	180.000,00				70.200,00	109.800,00
13	Birkenstraße Sanierung	65.000,00		ja	39	25.350,00	39.650,00
	Summe	731.800,00				285.402,00	446.398,00

Nr.	Wasserbauvorhaben	Betrag netto	Zeitraum	KPC	%
1	Transportleitung Bühelhaiden - (VA 2011)	120.000,00	2011	ja	15
2	Wasserleitung Haidenöster-Befundung (VA 2011)	8.500,00	2011	ja	15
	Wasserleitung Haidenöster-Bau (MFP 2012)	100.000,00		ja	15

Nr.	Friedhof	Betrag brutto	Zeitraum
1	Birken entfernen 11 Stk. Neupflanzung 6 Stk.	14.640,00	
2	Kapitell beim Pfeiler-Durchgang	4.800,00	
	Anschaffungen		
1	Wasch-, Obduktionstisch	8.700,00	2010
2	Ausstattung Aussegnungshalle	16.000,00	

Nr.	Vorhaben	Betrag brutto	Zeitraum
1	Alter Pfarrhof		
2	Neubau Gemeindeamt		
3	Sportplatz		

Plan - Instandhaltungen

		Betrag brutto
1	Spielplatz Bahnhofstraße Zaunerneuerung	9.500,00
2	Sanierung Kreuzigungsgruppe, Befundung durch BDA, Kosten erst dann ermittelbar	
3	Brunnen Kollmannpark	5.300,00

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Über den Wert von Plänen bis 2015 lässt sich streiten. Wir müssen es machen. Wer will realistisch die wirtschaftliche Entwicklung über Jahre abschätzen? Grundsätzlich gibt es aus unserer Sicht einige Dinge anzumerken. Wir glauben, dass für die zu erwartende Zinsentwicklung zu wenig Vorsorge enthalten ist. Wir glauben auch, dass doch weitere strukturelle Reformen möglich und notwendig sind. Das betrifft die Einnahmenseite (z. B. zusätzliche Gewerbeflächen schaffen; schwierig sind Neuansiedlungen von Gewerbebetrieben in Oberndorf, doch es gibt die Möglichkeit, Oberndorfer Betrieben Flächen anzubieten). Es gibt auch ausgabenseitig verschiedene Positionen, die man überdenken und evtl. günstig auslagern könnte. Den Weg, dass Salzburg die Müllabfuhr auslagern möchte (SN-Bericht vom heutigen Tag) halten wir nicht für richtig.

Signale, die uns fehlen, betreffen z. B. den alten Pfarrhof bzw. generell den Stille-Nacht-Platz. Es wird notwendig sein, in irgendeiner Form Gelder in die Hand zu nehmen. Vielleicht kann man dies mit zusätzlichen Einnahmen von dort abdecken.

Ein weiterer Punkt ist der Sportplatz bzw. das Sportzentrum. Der Pachtvertrag läuft 2017 aus. Die Diskussion soll nicht nur auf dem Rücken des OSK ausgetragen werden, es gibt auch den Eisschützen-Club und den Tennisclub, die auf Pachtflächen stehen.

Straßenbeleuchtung: Wir würden uns wünschen, dass die Uferstraße wieder hell wird, dort fürchtet man sich als Fußgänger. Ein Einsparungspotential gäbe es: die Senkung der Raumtemperatur in manchen öffentlichen Räumen.

Aus den genannten Gründen möchten wir dem Mittelfristigen Finanzplan so nicht zustimmen.

Bürgermeister: Zur Raumtemperatur im Krankenhaus ist zu sagen, dass sich hier Patienten aufhalten, im Stadtamt können aufgrund des veralteten Systems die Heizkörper nur mehr auf- und zuge dreht, aber nicht vernünftig reguliert werden.

Sportzentrum: Hier werden wir uns sicher bis Ende 2017 zu unterhalten haben. Die Gespräche mit dem Grundstücksbesitzer laufen. Mir ist bewusst, dass es nicht um den OSK alleine geht.

Alter Pfarrhof: Wir hatten ein Gespräch bei LH-Stv. Dr. Haslauer; im Jänner wird ein Konzept erstellt. Dann werden wir sehen, wie es weitergeht.

Angebot von Grundflächen: Man muss mir sagen, welche Flächen zur Verfügung stehen, dann führe ich gerne Gespräche. Bei den derzeitigen Preisen ist es nicht möglich, dass die Stadtgemeinde Flächen ankauft und Betrieben zur Verfügung stellt. Ich habe diesbezüglich schon viele Gespräche geführt. Doch wenn ein Grundstücksbesitzer keine Bereitschaft zeigt, dann ist dies sein Wille und seine Entscheidung. Man kann ihm nichts aufdrängen. Entsprechende Verkehrslösungen gäbe es. Ich bitte nochmals, mir Flächen und Interessenten zu nennen.

Gewerbegebiet Süd: Hier haben wir den Weg beschritten, dass die Stadtgemeinde den Bebauungsplan geändert hat und dafür auch die Kosten trägt. Es liegt nunmehr an den Unternehmen, tätig zu werden.

Ich habe noch keine Vorschläge für strukturelle Reformen gehört. Ich hätte mir erwartet, wenn ihr jetzt ablehnt, uns zumindest im Vorfeld die Möglichkeit zu geben, in den 14 Tagen, die das Papier vorgelegen ist, allfällige Vorschläge einzuarbeiten. In dieser Zeit hätte man eine Änderung vornehmen können. Ich freue mich überdies über jeden Hinweis, der Interessen für das Gewerbegebiet betrifft.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, den Mittelfristigen Finanzplan zu beschließen.**

**Offene Abstimmung (22 GV anwesend): 15 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen
(2 NOW, 5 ÖVP)**

12. Verlängerung Kontokorrentkredit bei der Salzburger Sparkasse

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Die Stadtgemeinde Oberndorf hat für den Betrieb ihrer Einrichtungen bei der Salzburger Sparkasse Bank AG einen Kontokorrentkreditrahmen in der Höhe von € 300.000,00. Der Rahmen endet mit 30.04.2011 und soll bis 30.04.2012 verlängert werden. Der letztmalige Beschluss durch die Gemeindevertretung für die Verlängerung des Kontokorrentkreditrahmens für die Salzburger Sparkasse Bank AG wurde am 20.01.2010 gefasst.

Der Kontokorrentrahmen dient zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen, die durch zeitliche Verschiebungen zwischen Einnahmen und Ausgaben entstehen können (z. B. Einnahmen aus Steuern, Gebühren, Ertragsanteilen und Gemeindebeiträgen, Ausgaben für Lohnkosten, Annuitäten und Sozialabgaben).“

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Verlängerung des Kontokorrentkreditrahmens bei der Salzburger Sparkasse Bank AG in der Höhe von € 300.000,00 bis 30.04.2012 zu beschließen.**

**Offene Abstimmung (21 GV anwesend, GV Reitsamer war nicht im Sitzungszimmer):
Wird einstimmig beschlossen.**

13. Anpassung diverser Mietverträge der Stadtgemeinde - Umsetzung der Umsatzsteuer-Richtlinien mit 01.01.2011

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Aufgrund der Umsatzsteuerrichtlinien ist es notwendig, dass Miet- und Pachtentgelte ab 01.01.2011 angepasst werden. Zusätzlich zur Betriebskostendeckung ist auch ein Entgelt für den Gebrauch des Grundstückes in Form der sogenannten „AfA-Komponente“ einzuberechnen. Diese beträgt jährlich 1,5% der Anschaffungs- oder Herstellungskosten des Gebäudes (Grund und Boden eingeschlossen).

Die Miet- und Pachtverträge der Stadtgemeinde Oberndorf wurden durch unsere Berater geprüft. Bei folgenden Mietverträgen ist ein Handlungsbedarf gegeben:

1. Stadthalle Oberndorf:

Die Errichtung der Stadthalle Oberndorf erfolgte im Baurecht durch die Salzburg Wohnbau Planungs-, Bau- und Dienstleistungs GmbH. Für die Stadthalle wurde mit der Salzburg Wohnbau im Jahr 2002 ein Mietvertrag abgeschlossen. Durch die Stadtgemeinde Oberndorf wurden Untermietverhältnisse für den sogenannten Kopfbau bzw. für die Nutzung der Halle eingegangen. Die Stadtgemeinde Oberndorf macht hinsichtlich der in Rechnung gestellten Miete der Salzburg Wohnbau und der Betriebskosten einen Anteil von 25% der bezahlten Umsatzsteuer als Vorsteuer beim Finanzamt geltend. Nach Durchsicht der Verträge durch Herrn Feichtinger wird von diesen zur Vermeidung möglicher negativer Folgen folgender Vorschlag unterbreitet:

Die Stadtgemeinde Oberndorf tritt der Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG mit einem neu zu erstellenden Vertrag ihre Rechte am Mietvertrag mit der Salzburg Wohnbau ab. Dieser neue Mietvertrag ist mit der Salzburg Wohnbau neu zu vereinbaren. Die Abtretung des Vertrages wird voraussichtlich Gebühren in der Höhe von 1% des dreifachen Jahresmietentgeltes mit der Salzburg Wohnbau auslösen. Dies wäre nach heutigem Wissensstand ein einmaliger Betrag von € 6.048,00. Die Untermietverhältnisse für die Stadthalle (Dipl.-Ing. Kettl, Regionalverband Flachgau-Nord, Jugendzentrum, Vereine, etc.) erfolgen durch die KG. Das gesamte Gebäude wird in weiterer Folge zu der Mindestmiete gemäß Umsatzsteuerrichtlinien an die Stadtgemeinde untervermietet, wobei die bereits vereinnahmten Mieteinnahmen, wie o. a., von der Mindestmiete abgezogen werden.

Zur Klärung der Rechtssicherheit wird dieses Modell durch Herrn Feichtinger noch mit dem Finanzamt abgeklärt. Weiters laufen bereits Vorgespräche mit der Salzburg Wohnbau.

Folgende Vorgangsweise wird vorgeschlagen:

Um die Vorgaben der Umsatzsteuerrichtlinien terminlich mit 01.01.2011 einhalten zu können, beschließt die Stadtgemeinde Oberndorf grundsätzlich die Abtretung ihrer Rechte am Mietvertrag für die Stadthalle mit der Salzburg Wohnbau an die Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG. Der Bürgermeister wird beauftragt, weiterführende Verhandlungen mit der Salzburg Wohnbau auf Basis der Erkenntnisse des Finanzamtes zu führen und einen Entwurf eines Mietvertrages sowie der notwendigen Untermietverträge der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung vorzulegen.

2. Vereinbarung für Nutzung des Wasserturms:

Zwischen dem damaligen Fremdenverkehrsverband Oberndorf und der Marktgemeinde Oberndorf wurde im Jahr 1987 eine Vereinbarung über die Nutzung des Wasserturmes abgeschlossen. Die Nutzung der Räumlichkeiten des Wasserturmes wurde dem Verband ohne Zahlung einer Miete eingeräumt. Aufgrund der o. a. Tatsache erscheint es nunmehr notwendig, diese Vereinbarung aufzuheben. Eine Aufhebung der Vereinbarung ist gem.

Punkt 2 innerhalb von drei Monaten nach der stattgefundenen Jahreshauptversammlung des Tourismusverbandes möglich.

Gleichzeitig mit dem Beschluss zur Aufhebung der Vereinbarung wird der Bürgermeister beauftragt, mit dem Tourismusverband Oberndorf einen neuen Mietvertrag im Rahmen der Gesamtkonzeption Stille-Nacht-Bezirk zu erstellen.“

Frau Moßhammer ergänzt, dass es sich hier um eine Steuersache handelt, denn es ändert sich mit 01.01.2011 das Gesetz und wir hätten bei einer Prüfung ein Problem.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag**

1. auf Übertragung der Rechte aus dem Mietvertrag mit der Salzburg Wohnbau betreffend der Stadthalle an die Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG mit 01.01.2011 und wird mit der Ausarbeitung der dazu notwendigen Verträge beauftragt.

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

2. auf Aufhebung der Vereinbarung mit dem Tourismusverband Oberndorf betreffend Benutzung des Wasserturms gem. Punkt 2 der Vereinbarung vom 10.07.1987. Weiters wird der Bürgermeister beauftragt, Verhandlungen über einen neuen Mietvertrag zur Nutzung des Wasserturmes oder anderer Liegenschaften im Rahmen der Konzeption des Stille-Nacht-Bezirk vorzubereiten.

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

14. Bestätigung der Wahl des Ortsfeuerwehrkommandanten

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Am 12. November 2010 wurde aufgrund des Ausscheidens des bisherigen Kommandanten, Dipl.-Ing. Günther Kron, die Neuwahl des Ortsfeuerwehrkommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Oberndorf durchgeführt. Im 2. Wahlgang wurde aufgrund der Stimmengleichheit Herr Mag.(FH) Andreas Pitter per Los als neuer Ortsfeuerwehrkommandant gewählt.

Gemäß § 9 Abs. 5 des Salzburger Feuerwehrgesetzes, LGBl. Nr. 59/1978 i.d.g.F. ist vorgesehen, dass eine Bestätigung der Gemeindevertretung der Wahl notwendig ist, wenn der Gewählte den für Ortsfeuerwehrkommandanten vorgesehenen Lehrgang noch nicht erfolgreich absolviert hat. Die Bestätigung der Gemeindevertretung erfolgt unter der Bedingung, dass diese Voraussetzung innerhalb eines Jahres zu erfüllen ist.“

Da keine Wortmeldung vorliegt, stellt der Bürgermeister den **Antrag auf Bestätigung der Wahl von Herrn Mag.(FH) Andreas Pitter zum Ortsfeuerwehrkommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Oberndorf gem. § 9 Abs. 5 Salzburger Feuerwehrgesetz.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

Zur Information weist der Bürgermeister darauf hin, dass Ostermiething dank der Intervention von Herrn Johannes Mairoll unsere alte Drehleiter um 12.500 Euro gekauft hat. Dieser Erlös fließt nach Maßgabe des beim Kauf angewandten Schlüssels an diese Gemeinden anteilmäßig zurück.

Wird zur Kenntnis genommen.

15. Bedarfsfeststellung nach dem Salzburger Kinderbetreuungsgesetz

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Das Salzburger Kinderbetreuungsgesetz sieht in § 9 (4) vor, dass die Gemeindevertretung auf Antrag von Tagesbetreuungseinrichtungen den Bedarf der Kinderbetreuungseinrichtungen per Bescheid festlegt.

Nunmehr ist seitens der Betreuungseinrichtungen Salzburger Hilfswerk und Tageselternzentrum der Antrag auf Ausstellung eines Bedarfsbescheides für das Jahr 2011 eingebracht worden.

Aufgrund im Stadtamt aufliegender Daten werden Oberndorfer Kinder durch das Salzburger Hilfswerk und das Tageselternzentrum betreut. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen, wird analog zu den Beschlüssen der Vorjahre der Bedarf von 7 bis maximal 10 Ganztagesjahresbetreuungsplätzen vorgeschlagen.“

Der Bürgermeister stellt den **Antrag auf Ausstellung eines Bedarfsbescheides für das Salzburger Hilfswerk und das Zentrum für Tageseltern in Salzburg, wobei der Bedarf jeweils mit 7 bzw. maximal 10 Tageskindern festgehalten wird.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

16. Löschung des Wiederkaufsrechtes GP 767/28

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Mit Kaufvertrag vom 02.02.1959 haben sich die Eheleute Sebastian und Emilie Auer gegenüber der Marktgemeinde Oberndorf verpflichtet, auf dem unbebauten Grundstück ein Wohnhaus zu errichten und die Liegenschaft vor Verbauung nicht weiter zu verkaufen oder zu veräußern. Zur Sicherung dieser Verpflichtungen ist auf der Liegenschaft EZ 853, Grundbuch 56410 Oberndorf zu C-LNR 1 ein Wiederkaufsrecht für die Marktgemeinde Oberndorf grundbücherlich einverleibt worden. Die Eheleute Auer sind ihren Verpflichtungen nachgekommen und haben das Haus Mayrhofweg 16 errichtet. In der Rechtsnachfolge wird nunmehr durch die Söhne Dipl.-Ing. Günther Auer und MR Dr. Erich Auer die Löschung dieses Wiederkaufsrechtes beantragt.“

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Löschung des Wiederkaufsrechtes der Marktgemeinde Oberndorf auf der Liegenschaft EZ 853, Grundbuch 56410 Oberndorf zu C-LNR 1, Grundparzelle 767/28, zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

17. Teilabänderung des Flächenwidmungsplanes für den Bereich „Gewerbegebiet Süd - Immissionsschutzstreifen zur B 156 a“ samt Abänderung und Erweiterung des Bebauungsplanes „Gewerbegebiet Süd“

Folgender Amtsbericht des Bauamtes liegt vor:

„Grundlagen:

Die gegenständlichen Grundflächen sollen in den nächsten Jahren bebaut werden. Gemäß § 44 ROG 2009 kann der Flächenwidmungsplan geändert werden, wenn die Änderung dem Räumlichen Entwicklungskonzept der Gemeinde entspricht und im Falle einer Baulandausweisung der Baulandbedarf dies zulässt. Gemeinsam mit der Flächenwidmungsplanänderung wird der bestehende Bebauungsplan abgeändert.

Gutachten:

Die vorbereitenden Verfahrensschritte wurden ordnungsgemäß durchgeführt. Einwendungen wurden keine erhoben. Es kann daher der Gemeindevertretung empfohlen werden, die Teilabänderung des Flächenwidmungsplanes für den Bereich "Gewerbegebiet Süd Immissionsschutzstreifen zur B 156a" und die Änderung des Bebauungsplanes „Gewerbegebiet Süd“ zu beschließen.“

Dipl.-Ing. Müller ergänzt zur Information, dass im Gesetz genau geregelt ist, dass Flächenwidmungsplanänderungen kostenmäßig Sache der Gemeinde sind.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Teilabänderung des Flächenwidmungsplanes für den Bereich „Gewerbegebiet Süd Immissionsschutzstreifen zur B 156 a“ und die Änderung des Bebauungsplanes „Gewerbegebiet Süd“ gemäß § 67 Abs. 8 ROG 2009 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

18. Erweiterung des Bebauungsplanes „Siedlungsstraße“

Folgender Amtsbericht des Bauamtes liegt vor:

„Grundlagen:

Für das vereinfachte Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes gelten die Bestimmungen des § 69 und 72 ROG 2009. Die für diesen Bereich zugehörige Abänderung des Flächenwidmungsplanes wurde bereits in der Gemeindevertretungssitzung vom 14.10.2010 beschlossen. Für die Erweiterungsflächen sollen dieselben Bebauungsgrundlagen übernommen werden, wie sie im bereits verordneten Bebauungsplan festgelegt sind.

Gutachten:

Die vorbereitenden Verfahrensschritte wurden ordnungsgemäß durchgeführt. Einwendungen wurden keine erhoben. Es kann daher der Gemeindevertretung empfohlen werden, die Erweiterung des Bebauungsplanes „Siedlungsstraße“ zu beschließen.“

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Erweiterung des Bebauungsplanes „Siedlungsstraße“ gemäß § 67 Abs. 8 ROG 2009 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

19. Ansuchen um Ausnahme von der Einmündungsverpflichtung in die Ortskanalisation für den landwirtschaftlichen Betrieb Maria Bühel-Straße 7

Folgender Amtsbericht des Bauamtes liegt vor:

„Mit Ansuchen vom 26.11.2010 wurde durch Herrn Franz Oichtner die Ausnahme von der Einmündungsverpflichtung in die Ortskanalisation für den landwirtschaftlichen Betrieb Maria Bühel-Straße 7 beantragt, da die häuslichen Abwässer für die landwirtschaftliche Betriebsführung benötigt werden.

Die Landwirtschaft umfasst 56,0 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche (18,15 ha Eigengrund und 37,85 ha Pachtfläche) und 54,02 Großvieheinheiten. Der Betrieb umfasst daher je Großvieheinheit mindestens 1/3 ha landwirtschaftlichen Grund, der für die Düngung mit Wirtschaftsdünger in Betracht kommt und ständig bewirtschaftet wird.

Im Betrieb leben 8 Bewohner. Es kommen damit auf jeden im Betrieb wohnenden Bewohner mindestens 1,5 Großvieheinheiten.

Die vorhandenen Güllegruben umfassen zusammen 1.157,29 m³ nutzbaren Raum. Der erforderliche nutzbare Raum beträgt 700,20 m³.

Es sind damit alle Voraussetzungen für die Gewährung der beantragten Ausnahmegenehmigung erfüllt und diese kann daher der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung empfohlen werden.“

Stadträtin Petzlberger: Wir können dem Ansuchen nicht zustimmen, weil wir der Meinung sind, Haushaltsabwässer gehören nicht auf unsere Wiesen. Das Ansuchen war sehr verwirrend und die Aufarbeitung sehr umfassend. Die Güllegrube wird nur mit Wässern des Haushaltes gefüllt. Wir wissen, das ist ein Landesgesetz, das geändert werden müsste. Trotzdem stimmen wir nicht zu.

Bürgermeister: Ich mache darauf aufmerksam, dass die Gemeindevertretung die rechtliche Situation zu beurteilen hat. Ich bin deiner Meinung, dass das Gesetz geändert gehört, doch wir haben hier nur die rechtliche Beurteilung zu beschließen, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind, und das ist gegeben.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, das Ansuchen von Herrn Franz Oichtner auf Ausnahmegenehmigung von der Einmündungsverpflichtung in die Ortskanalisation gemäß § 34 Abs. 3 und 3 a Bautechnikgesetz für den landwirtschaftlichen Betrieb Maria-Bühel-Straße 7 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): 18 Stimmen dafür, 2 dagegen (Grüne)

20. Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG - Neubau HAK/HAS/PTS - Beauftragung Ausführende Gewerke

Folgender Amtsbericht des Bauamtes liegt vor:

„Das folgende Gewerk wurde gemäß BVergG 2006 ausgeschrieben. Der Vergabevorschlag liegt vor: Holz-Alu-Fenster an die Fa. Josef Wick & Söhne GmbH & Co KG, 4020 Linz, mit einer Vergabesumme von netto 375.309,48.

Die Beauftragung erfolgt durch die Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG.“

Dipl.-Ing.(FH) Billik: Wir haben öffentlich ausgeschrieben mittels einer Bekanntmachung. Es wurde daraufhin nur ein Anbot abgegeben. Deshalb haben wir das Verfahren widerrufen und neu ausgeschrieben. Nunmehr wurden zwei Angebote abgegeben. Mit den beiden Anbotsle-
gern haben wir eine Verhandlungsrunde durchgeführt bezüglich der Ausführungsart. Dabei ist die Firma Wick als Bestbieter hervorgegangen.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, die Beauftragung gemäß dem vorliegenden Vergabevorschlag zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): 19 Stimmen dafür, 3 dagegen (NOW und GV Hagmüller)

21. Übernahme bzw. Entlassung von Grundstücken in das Öffentliche bzw. aus dem Öffentlichen Gut (Teilstücke der Gst. 199, 200, 257/2 bzw. 1038/2)

Folgender Amtsbericht des Bauamtes liegt vor:

„In der Gemeindevertretungssitzung vom 09.12.2009 wurde unter Top 13 ein Schenkungs- und Tauschvertrag betreffend o. a. Grundstücksteile beschlossen. Das Teilstück 50 aus Gst. 1038/2 soll dabei aus dem Öffentlichen Gut entlassen werden. Die Teilstücke 51 aus Gst. 257/2, 52 aus Gst. 200 und 53 aus Gst. 199/1 sollen in das Öffentliche Gut übernommen werden.

Um die grundbücherliche Eintragung durchführen zu können, ist für diese Entlassung aus dem Öffentlichen Gut bzw. die Aufnahme in das Öffentliche Gut ein ergänzender formeller Beschluss erforderlich.“

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, für das Teilstück 50 aus Gst. 1038/2 KG Oberndorf die Aufhebung der Widmung für den Gemeingebrauch (Entlassung aus dem Öffentlichen Gut) zu beschließen. Weiters ist für die Teilstücke 51 aus Gst. 257/2, 52 aus Gst. 200 und 53 aus Gst. 199/1, alle KG Oberndorf, die Widmung für den Gemeingebrauch (Aufnahme in das Öffentliche Gut) zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

22. Änderung der Abfuhrordnung

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„1. Die am 11. Dezember 1999 erlassene Abfuhrordnung der Stadtgemeinde Oberndorf, zuletzt geändert mit Beschluss der Gemeindevertretung vom 18.02.2009, soll wie folgt abgeändert werden:

In § 4 (Abfuhr der Bioabfälle) wird nach Absatz 5 folgender neuer Absatz eingefügt:
(6) Spültrank, von dem die flüssige Phase vorher abgetrennt wurde, kann in der Biotonne mitgesammelt werden, wenn gewährleistet ist, dass die Abtrennung der Flüssigkeit gemäß den Bestimmungen des § 2 Abs 3 der Bioabfallverordnung 2010 LGBl. 40/2010 idgF erfolgt.
Die geänderte Bestimmung soll mit 01.01.2011 in Kraft treten.

Begründung:

Die Bioabfallverordnung 2010, kundgemacht mit LGBl Nr. 40/2010, legt in § 2 Abs 2 fest, dass die Gemeinde in der Abfuhrordnung eine Bestimmung aufnehmen muss, die die Mit-sammlung von Spültrank in der Biotonne erlaubt.

2. Hinweistafeln Altstoffsammelinseln

Aus der Sitzung des Umweltausschusses vom 22.11.2010 liegt folgender Antrag zur Behandlung in der Gemeindevertretung vor:

Die Gemeindevertretung möge beschließen, die Zeitangabe für die Behälternutzung von 07.00 – 20.00 Uhr, ausgenommen Sonn- u. Feiertage, einheitlich bei allen Hinweisschildern der Altstoffsammelinseln anzupassen.“

Der Bürgermeister stellt den **Antrag**,

1. die Abänderung der Abfuhrordnung der Stadtgemeinde Oberndorf in Bezug auf die neue Regelung für Bioabfälle zu beschließen.

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

2. die Zeiten für die Nutzung der Altstoffsammelinseln in der angegebenen Zeit zu beschließen.

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): 17 Stimmen dafür, 5 Stimmen dagegen (ÖVP)

Stadtrat Mag.(FH) Danner hält fest: Wir sind nicht für die Abschaffung der Mittagspause, das haben wir im Umweltausschuss deponiert.

23. Aufträge und Anschaffungen

Keine!

24. Subventionen

24.1. Veranstaltungen 2011

Folgende Veranstaltungen und Aktionen im Jahr 2011 sind durch die Gemeindevertretung zu beschließen:

- Fahrkartenaktion Lokalbahn (Semesterferien, Osterferien, Sommerferien, Weihnachtsferien von 24.12.2011 bis 06.01.2012 Herbstferien und Wintersemesterferien 2012)
- Fahrkartenaktion Lokalbahn Autofreier Tag (September)
- Schikurs Schiclub Oberndorf
- Gemeinsame Ferienaktion mit der Stadt Laufen
- Sports4Fun
- Straßentheater

24.2. Vereinssubventionen

Verein	Vorjahres-subvention	1. Teilzahlung 40%	2. Teilzahlung 60%
Turnverein	€ 3.000,--	€ 1.200,--	€ 1.800,--
Schiclub	€ 3.250,--	€ 1.300,--	€ 1.950,--
OSK	€ 7.600,--	€ 3.000,--	€ 4.600,--
Tae Kwon Do	€ 1.800,--	€ 700,--	€ 1.100,--
Tischtennis	€ 1.100,--	€ 400,--	€ 700,--
Schulsportverein	€ 2.000,--	€ 800,--	Verzichtet auf den 2. Teilbetrag von € 1.200,--
Schachclub	€ 500,--	€ 200,--	€ 300,--

Die Vereinsunterlagen als Grundlage zur Auszahlung des 2. Teilzahlungsbetrages sind ordnungsgemäß im Gemeindeamt eingegangen. Der Schulsportverein verzichtet aufgrund einer Reduzierung des Vereinsbetriebes auf die Auszahlung des 2. Teilbetrages.

24.3. Werbegemeinschaft

Die Werbegemeinschaft ersucht wie in den vergangenen Jahren um einen Subventionsbetrag von € 4.000,--.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die vorstehenden Subventionierungen 24.1. - 24.3. zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Werden einstimmig beschlossen.

25. Allfälliges

2. Vizebgm. Mayrhofer: Gibt es in der Sache Holztrattner / GSWB etwas Neues?

Bürgermeister: Ich wurde beauftragt, das Verfahren einzuleiten. Dieser Auftrag ist ergangen.

Dipl.-Ing. Müller: Der Auftrag wurde dem Geometerbüro Fally erteilt, doch ist er wegen des Schneefalls noch nicht zur Gänze erledigt. Aber die Angelegenheit ist im Laufen.

Bürgermeister: Ich habe das Verfahren nur hinsichtlich der Vermessung einzuleiten. Ich weiß, dass die GSWB beabsichtigt, Kontakt mit der Familie Holztrattner herzustellen.

2. Vizebgm. Mayrhofer: Wer vergibt die Genehmigungen für die neuen Parkplätze bei der HAK bzw. wer hat hier das Verfügungsrecht?

Bürgermeister: Gemäß Vergaberecht handelt es sich hier um einen Parkplatz der Schulen. Der Grund für die Nichtöffentlichkeit: Wäre der Parkplatz öffentlich, hätten die Lehrer kein Recht auf einen reservierten Parkplatz. Weiters geht es um Haftungsfragen. Die Regelung, die wir jetzt haben, ist die einzig mögliche.

2. Vizebgm. Mayrhofer: Die Lehrer parken derzeit entlang der bestehenden Schule obwohl sie eine Reservierung für den unteren Bereich haben. Diese Parkplätze gehen in Oberndorf ab. Können wir nicht eine Kurzparkzone verordnen, um sie zu zwingen, dass sie die unteren Parkplätze nutzen? Welche Regelung ist hier möglich?

Bürgermeister: Wenn wir eine Kurzparkregelung einführen, können die Angestellten des Kindergartens nicht mehr parken. Die Schulparkplätze sind berechnet für die Schule und wir können sie nicht für andere aufmachen.

2. Vizebgm. Mayrhofer: Es ist in der Watzmannstraße für LKW der Müllabfuhr kaum mehr möglich, durchzufahren (Verparkung und Schnee).

Bürgermeister: Die Mitarbeiter im Winterdienst sind sehr bemüht, doch wir werden das hinterfragen.

Dr. Schäffer ergänzt: Wegen der verspäteten Bestellung des neuen Traktors haben wir nun vereinbart, einen Leihtraktor zu nehmen, um an den kritischen Stellen den Schnee abtransportieren zu können. Ab Mitte nächster Woche wird uns das neue Gerät hoffentlich zur Verfügung stehen.

Bürgermeister: Mit der Sole ist der Bauhof zufrieden. Es hat sich herausgestellt, dass dies eine sinnvolle Entscheidung war.

Frau Moßhammer bedankt sich bei ihren Kolleginnen und Kollegen der Buchhaltung für die Unterstützung und die gute Zusammenarbeit in der Zeit der Budgeterstellung.

Bürgermeister Schröder dankt der Belegschaft des Hauses und der Geschäftsführung des Reinhalteverbandes für die Arbeit im Jahr 2010. Frau Auer, die geplant hatte, mit Jahresende in Pension zu gehen, dankt er für ihre Zusage, noch ein halbes Jahr zu bleiben. Sein Dank gilt auch der Gemeindevertretung. Es wurde engagiert gearbeitet. Natürlich war man nicht immer einer Meinung. Bürgermeister Schröder ersucht, auch weiterhin an einer guten Zusammenarbeit zu arbeiten. Er wünscht schöne Weihnachtsfeiertage, alles Gute für 2011 und schließt die Sitzung um 21.30 Uhr.

Die Schriftführerin:
gez. Gabriele Niederstrasser eh.

Der Vorsitzende:
gez. Bürgermeister Peter Schröder eh.

Beschlussfassungsprotokoll

GV v. 15.12.10

TOP	Beschluss	erledigt am	erledigt von
2.	Protokoll vom 13.10.2010		
4.	GOK - Bilanz 2009		
5.	KH - Antrag Höherstufung Überwachungseinheit auf Intensiveinheit		
6.	Beauftragung der GR mit der Beschlussfassung der Ergänzung zum Baurechtsvertrag Ärztezentrum		
7.	Jahresvoranschlag 2011		
8.	Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG - Jahresvoranschlag 2011		
9.	Haushaltsbeschluss 2011		
10.	Stellenplan 2011		
11.	Mittelfristiger Finanzplan		
12.	Verlängerung Kontokorrentkredit SPK		
13.	Anpassung Mietverträge Stadthalle und Wasserturm - Umsetzung USt-Richtlinien mit 01.01.2011		
14.	Bestätigung Wahl Ortsfeuerwehrkommandant		
15.	Bedarfsfeststellung Kinderbetreuungsgesetz		
16.	Löschung Wiederkaufsrecht GP 767/28		
17.	Teilabänderung Flächenwidmungsplan sowie Abänderung u. Erweiterung Bebauungsplan Gewerbegebiet Süd		
18.	Erweiterung Bebauungsplan Siedlungsstraße		
19.	Ausnahme Einmündung Ortskanalisation Franz Oichtner		
20.	Neubau HAK/HAS/PTS - Beauftragung Ausführende Gewerke		
21.	Übernahme/Entlassung Grundstücke in das bzw. aus dem Öffentlichen Gut		
22.	Änderung Abfuhrordnung		
24. 1.-	Subventionen		
24.3.			